

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

233 (8.10.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHEBADEN

Anzeigenpreise Die 10 größten Anzeigenblätter...
Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...
Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...
Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander...
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jung...
Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der...

Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...
Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...
Anzeigenpreis monatlich 2,50 Mark o. Oben...

Nummer 233

Karlsruhe, Donnerstag, den 8. Oktober 1931

51. Jahrgang

Brüning auf schwankender Brücke

Große Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung - Die Schwerindustrie für Hitler und Hugenberg steht Brüning vor dem Ende?

Die Regierung Brüning ist zurückgetreten, nicht aus eigenem Willen, sondern unter dem Druck kleiner Interessentenhaufen. Der Reichspräsident hat den Reichkanzler sofort mit der Neubildung der Regierung beauftragt, ein Zeichen, daß er dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik nach wie vor alles Vertrauen schenkt. Immerhin ist Brüning's Aufgabe aus politischen Gründen begrenzt. Der Reichspräsident wünscht kein Kabinett auf parlamentarischer Basis. Er will eine Regierung ohne parteimäßige Bindung, ein Kabinett mit Männern der Wirtschaft, die sein persönliches Vertrauen genießen. Aber was ist damit erreicht? Jede Regierung bedarf nach der Verfassung des Vertrauens des Reichstages. Dem kann natürlich auch dadurch entsprochen werden, daß eine Mehrheit des Reichstages alle gegen die Regierung vorliegenden Minderheitsanträge ablehnt, übrigens ein Verfahren, das in den letzten Jahren vielfach durchgeführt und von maßgebenden Kreisen als durchaus verfassungsmäßig bezeichnet worden ist. Die Frage ist nur, ob eine derartige Mehrheit im Reichstag vorhanden ist oder nicht.

Im Augenblick ist die Regierung noch gar nicht gebildet, sind nicht einmal die Vorschläge des Reichkanzlers mit den als Minister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten beendet. Anher dem früheren preussischen Ernährungsminister Professor Dr. Warmbold hatte bis Mittwoch abend seiner der Ministerkandidaten dem Reichkanzler eine bindende Zusage zur Mitarbeit erteilt. Der frühere Reichswehrminister Gehler, der als Innenminister in Betracht kommt, scheint zu der Übernahme dieses Amtes unter den gegebenen Umständen wenig Neigung zu haben. Es ist also noch alles in Fluss, und trotzdem ist die Volkspartei dem Reichkanzler bereits in den Rücken gefallen, noch ehe er ernsthaft daran gehen konnte, den Auftrag des Reichspräsidenten durchzuführen. In einer parteiamtlichen Erklärung stellt sie fest, daß es keinen Zweck habe, das Kabinett mit einer Korrektur auf der alten Grundlage wieder herzustellen. Der Kampf um die Neuordnung der außenpolitischen Bedingungen wird am besten dadurch abgehandelt, daß auch die Kreise der „nationalen Opposition“ an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung mit übernehmen.

Diese Abgabe an Brüning ist gleichbedeutend mit der Schwächung der Volkspartei zu Hitler und Hugenberg. Nach der parteipolitischen Entwicklung der letzten Zeit und den wiederholten Verhandlungen zwischen Dingeldey, Hitler und Hugenberg war von der Volkspartei nichts anderes mehr zu erwarten. Ihre Schwächung ist von langer Hand vorbereitet.

Aber entscheidend für die Schwächung war schließlich der Druck der Schwerindustrie und der schwärzlichen Abgeordneten innerhalb der Deutschen Volkspartei. Sie wollen los von dem Gemeindeführer Brüning, weil sie los wollen von den Tarifverträgen, überhaupt von der Sozialpolitik. Als treuer Diener seiner Geldgeber hat Dingeldey verriet. Er spielt mit der stillen Hoffnung, selbst eines Tages die Führung der Reichsregierung übernehmen zu können.

Parlamentarisch gesehen, bedeutet die parteiamtliche Erklärung der Deutschen Volkspartei, die nach unseren Informationen auf Herrn Dingeldey persönlich zurückgeht, daß eine neue Regierung Brüning im Reichstag keine Mehrheit hat. Nun haben wir Erklärungen und Beschlüsse der Volkspartei bisher im allgemeinen nicht hundertprozentig angenommen. In entscheidenden Situationen haben die maßgebenden Faktoren der Volkspartei wiederholt ihre Beschlüsse von heute auf morgen revidiert. Aber werden Dingeldey und seine Einseitiger auch diesmal zurücktreten? Werden sie sich eines anderen besinnen, sobald die Auflösung des Reichstages in unmittelbare Nähe gerückt ist und sie Gefahr laufen, von den Nationalsozialisten völlig aufgegeben zu werden? Uns scheint, daß sie diesfalls - selbst wenn sie wollten - nicht zurückkommen. Sie sind bereits zu sehr Sklaven von Hitler und Hugenberg.

Was aber, wenn Brüning im Reichstag weder eine Mehrheit für ein Vertrauensvotum, noch eine Mehrheit gegen die Minderheitsanträge erhält, wenn er parlamentarisch fällt? Wird er den Kampf aufnehmen oder abtreten, wird er den Reichstag nach Hause schicken oder nochmals an das Volk appellieren oder was sonst? Als Brüning den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung vom Reichspräsidenten erhielt, mußte er sich über die parlamentarische Lage seines neuen Kabinetts bereits im Klaren sein, zumal der Volksparteiler Dingeldey ihm am Tage zuvor eine Abgabe erteilt hat. Das Gleiche nehmen wir von dem Reichspräsidenten an. Wir schließen daraus, daß beide das Feld nicht kampflos räumen wollen.

Kein Zweifel, daß die Dinge auf des Messers Schneide stehen. Die Flucht der Volkspartei in das Lager der ausgesprochenen Sozialreaktion hat uns die seit langem drohende Schicksalsfrage entschieden, ob Deutschland eine Sozialrepublik bleiben oder unter dem Einfluß von Dilettanten aller erzkonservativen Schattierungen gelangen soll, um ein großes Stück näher gebracht. Schon steht die „nationale Opposition“ unter der Führung Hitlers und Hugenbergs im Begriff, sie zu organisieren und ihre Schlagkraft zu verbessern und ein Regime der Reaktion ähnlich dem Faschismus in Italien mit all seinen Gewalttaten aufzurichten. Ihr Kampfziel richtet sich in erster Linie gegen die großen Gewerkschaften

aller Richtungen als den Fortkämpfern und Trägern der deutschen Sozialpolitik. Die Konsequenz daraus muß die Schaffung eines Blocks aller freiwillig und sozial gesinnter Werktätiger sein, die entschlossen sind, dem Bloß der schlimmsten und brutalsten Reaktion das Feld nicht kampflos zu überlassen.

Zentrum und Regierungsbildung

Die Germania schreibt zur Frage der Regierungsbildung: Nachdem bekannt geworden ist, daß die nationale Opposition unter Führung Hugenbergs sich vermehren und gegen die Regierung Brüning geschlossen angehen will, hängt die Mehrheit im Parlament davon ab, daß sowohl die kleineren Gruppen der gemäßigten Rechten wie auch die Sozialdemokratie bei der Stange gehalten werden können. Dr. Brüning hat vom Herrn Reichspräsidenten einen ganz bestimmten Auftrag erhalten, nämlich die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindung vorzunehmen. Es besteht die Gefahr, daß Verträge unternommen werden, parteipolitisch einseitige Tendenzen einschließen. Man erfährt, daß solche Tendenzen bei der Deutschen Volkspartei vorhanden sind. Sollte man dort glauben, man müsse jetzt darauf ausgehen, Vorspanndienste für eine völlig einseitige Befestigung des neuen Kabinetts Brüning zu leisten, dann müßte man diesen Kreisen bedeuten, daß solche Verträge dem Zentrum in keinem Fall auf Gegenseite haben werden.

Dingeldey, Hitler, Hugenberg

Die vollendete Kapitulation der Volkspartei

Das parteiamtliche Organ der Volkspartei, die Nationalliberale Korrespondenz, hat am Mittwoch, bald nachdem Reichkanzler Dr. Brüning vom Reichspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden war, folgende Erklärung veröffentlicht:

„Der Kampf und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinett Brüning von allen parteipolitischen Klüfften zu lösen, sind als gescheitert zu betrachten. Deshalb hat es nach unserem Bestreben keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundbläusen zu versuchen. Wir möchten deshalb der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine Beteiligung der DVV, an einer Umbildung dieser Regierung nicht mehr in Frage kommen wird. Wir müssen daher die Forderung stellen, daß eine neue Regierung, die durch die letzten Vorgänge unbelastet ist, das Schicksal des Reiches in die Hand nimmt. Die Partei muß Wert darauf legen, auch bei allen künftigen Entwicklungen ein selbständiger Faktor im politischen Leben zu sein. Daraus ergibt sich die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Hugenbergschen Tagungen der sogenannten nationalen Opposition. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik eingehalten werden müssen. Wir kämpfen um die Neuordnung der außenpolitischen Belastungen, die die innerpolitische Lage Deutschlands erschüttern, und die am besten dadurch beseitigt wird, daß auch die Kreise der nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden, und die Verantwortung mit zu übernehmen haben.“

Neue Notverordnung - ein Flickwerk

Die neue Notverordnung, die im weiten Umfang Voraussetzungen für ein Wirtschaftsprogramm ist, das in den nächsten Wochen mit maßgebenden Führern der Wirtschaft beraten werden soll, enthält in ihrem ersten Teil die Hilfsmaßnahmen, die durch die gestiegenen Löhne der Wohlfahrtspflege erforderlich geworden sind.

Für den kommenden Winter werden den Gemeinden 230 Mill. Reichsmark zur Verfügung gestellt werden, von denen 150 Millionen schiffelmäßig verteilt und 80 Millionen an besonders notleidende Gemeinden im Einzelfall gegeben werden.

Kürzersteuer und Getränkesteuer sollen weiterhin erhoben werden und die auf den Wohnbauquantitäten entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden können.

Der Sonderbetrag von 375 Millionen Reichsmark aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Ueberwälzungssteuern soll wie bisher verteilt werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung werden gewisse Härten beseitigt. Wohnrenten der letzten Zeit a. B. werden nicht sofort im vollen Umfang auf die Höhe der Unterzählungen auswirken, die bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden können.

Bei einem regelmäßigen Wechsel von Belegschaften kann den zeitweise ausbleibenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, wenn auch nicht in voller Höhe. Veränderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgesehen. Für die notwendig werdenden Mehraufwendungen in der Krisenfürsorge wird die Reichsregierung Mittel bereitstellen.

Zur Umschuldung von Ländern und Gemeinden wird eine Umschuldungsstelle eingeführt, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt und im Wege freiwilliger Vereinbarungen, gegebenenfalls unter Vermittlung des Reiches, die Tilgung der Schuld entweder durch Ratenszahlungen oder durch Ausgabe von Obligationen vornimmt.

Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre aus dem Hauszinssteuerertrag jährlich je 12 Prozent für Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen Mark erbringen sollen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden insofern eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten für Verwaltungsgebäude unterbleiben, die Pensionen bei Erreichung der Altersgrenze von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt und ferner die Höchstpensionen und Doppelverdiener gekürzt werden.

Die bereits angekündigte Senkung der Hauszinssteuer beträgt 20 Prozent.

Die Notverordnung beschäftigt sich weiter eingehend mit der planmäßigen Anstellung arbeitsloser Landarbeiter und mit der Anhebung geeigneter Erwerbslöcher in den Randgebieten arbeitsloser Städte.

Aus den Bestimmungen über die Spar- und Girokassen ist die Umgestaltung der Sparkassen in selbständige Rechtspersonlichkeiten hervorzuheben. In Zukunft müssen mindestens 30 Prozent der Sparvermögen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon zehn Prozent als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 Prozent der Sparvermögen beschränkt, und dem einzelnen Kredit-

nehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zu 20 000 M gewährt werden. Die Bezeichnung „Sparkasse“ wird gestrichelt.

Die Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichteter Form sollen der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage erleichtern.

Dienstverträge mit leitenden Angestellten, deren Jahresbezüge 15 000 M überschreiten, können vom Arbeitgeber gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Ein weiterer Teil der Notverordnung befaßt sich mit der Bereitstellung von Garantien zur Förderung der deutschen Wirtschaft bis zum Betrage von 30 Millionen Mark, die dazu dienen sollen, den Versicherungsschutz des inländischen Warenkredits zu erhalten. Darüber hinaus wird der Finanzminister ermächtigt, zur Stützung der Handelsbilanz bis zu drei Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen und bis zu 300 Millionen durch Kredite zu beschaffen.

Aus den neuen Bestimmungen über den Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen ist hervorzuheben, daß für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer der staatliche Genehmigungszwang eingeführt wird, mit der Maßgabe, daß kein Unternehmer die einseitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise unterbieten darf.

Zur Mobilisierung der Ernte ist eine Ermächtigung vorgegeben, das Recht der indossablen (übertragbaren) Lagerheime nach Bedarf weiter auszugestalten.

Ferner bestimmt die Notverordnung, daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Bilanzprüfer unterzogen werden.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege sind eine Reihe Vereinfachungs- und Erparnismaßnahmen getroffen, so die Erhöhung der amtlichen Zuständigkeitsgrenze bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, ferner die Verhinderung einer sachlich nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme des Armenrechts.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, Sondergerichte zur Aburteilung von Terrorakten und schweren Steuerhinterziehungen einzurichten und zwar im Benehmen mit den Landesregierungen.

Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sieht die Notverordnung eine Reihe scharfer Bestimmungen vor, die sich insbesondere gegen die politische Propaganda mit illegalen Schriften hochverräterischer oder verleumdender Inhalts richten.

Der Polizei wird ferner die Möglichkeit gegeben, Sammelstätten politischer Betätigungen, z. B. Heime und Betriebslokale radikaler Verbände erforderlichenfalls zu schließen.

So verschieden der Inhalt der neuen Notverordnung ist, so einheitlich heißt es am Schluß, sei ihre Aufgabe:

Der Reichsregierung und der Bevölkerung die Einstimmung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen. Entscheidende Schritte in dieser Richtung werden baldmöglichst zu tun sein.

So ist das gesamte Preisniveau rasch auf die verringerte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen, die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzuführen, das sich aus den vollen-

wirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren in großem Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt.

Auch im Außenhandel und in der Devisenbewirtschaftung muß der außerordentlichen Lage Rechnung getragen und den Mahnungen des Kartell-Berichts gefolgt werden, der vor vermeidbarem Einführen warnt.

Die Notverordnung ist ein Labyrinth von Bestimmungen, die gegenständig und unausgereift, wie sie sind, verwirren müssen. Wir sind überzeugt, daß selbst die Minister, die die Entscheidungen kurzerhand treffen mußten, sich über deren Tragweite nicht im klaren waren, und auch nicht im klaren sein konnten. Dafür ist die ganze Materie zu vielseitig und zu umfangreich. Aber das ist das Los jeder Regierung, die ihres Arbeitsinstruments, des Parlaments, beraubt ist. Bei einem Parlament, das auch nur halbwegs funktioniert und nur halbwegs arbeitsfähig ist, hätten sich die Probleme nicht in dem Maße stauen können, wie das leider in Deutschland in den letzten Wochen und Monaten geschehen ist.

In der neuen Notverordnung wurden nun auf einmal die Schleusen geöffnet. Es mußte in kurzer Zeit entschieden werden und es zeigte sich, daß die Dinge der Regierung ohne Parlament über den Kopf gewachsen sind. So konnten nur Gewaltlösungen erzielt werden. Man hat aber wieder Kompromisse geschlossen, die an Unklarheit und Unzweckmäßigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Das gilt insbesondere für die verschiedenen Ermäßigungen. Es wird ein Zustand geschaffen, der an Dinge rührt, worauf ein moderner Staat nicht verzichten kann. Wir denken dabei u. a. an die Drosselung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die ganze Notverordnung ist ein einziges Argument, das die Notwendigkeit des Parlamentarismus, einen arbeitsfähigen Reichstag bezeugt.

Anzuerkennen ist, daß die Regierung endlich einer Reihe von sozialpolitischen Notwendigkeiten Rechnung getragen hat. Das gilt insbesondere für die neue Berechnung der Unterstützungssätze der Arbeitslosen bzw. der Kurzarbeiter. Das gilt auch für die Neuregelung, die den Saisonarbeitern in Zukunft zugute kommen wird, ferner für die Regelung der Jugendlöhne. Dem steht aber die bereits früher angeordnete Verkürzung der Unterstützungsdauer gegenüber, ferner die Verschärfung der Bedürftigkeitsprüfung. Wir vermischen auch die Regelung der kostenlosen Verjüngung der Arbeitslosen mit Kartoffeln, Kohlen usw. Die dahingehenden, von der Sozialdemokratischen gemachten Vorschläge wären ohne namhafte finanzielle Aufwendungen möglich gewesen. Man hätte durch eine solche Lösung dem kommenden Winter viel von seinem Schrecken genommen. Die Regierung ist dieser Lösung ausgedehnt. Dagegen trifft die neue Notverordnung u. a. Subventionsmaßnahmen im Interesse der großagrarischen Kartoffelbauern.

Die Regierung hat sich für eine Ermäßigung der Hauszinssteuer um 20 Prozent entschieden. Nachdem von der einen Seite 25 Prozent gefordert wurden und sich die andere Seite bereit erklärte, sich mit einer Ermäßigung von 15 Prozent abzufinden. Man hat also gewissermaßen geteilt. Daß man dabei dem Hausbesitz in sehr weitem Maße entgegengekommen ist, geben ja auch Kreise zu, die dem Hausbesitz nahe stehen. Immerhin erhält der Hausbesitz so, da 15 Prozent der Hauszinssteuer für die Abgeltung der höheren Aufwertungsrenten usw. voll auf genügen, ein Geschenk von 60 bis 80 Millionen Mark. Der Hausbesitz verlangte eine völlige Befreiung der Hauszinssteuer. Dazu hat sich das Kabinett nicht entschließen können, weil die Befreiung der Hauszinssteuer eine empfindliche Erhöhung der Umsatzsteuer nötig gemacht hätte. Damit würde aber die Regierung gewissermaßen die letzte schnell wirkende Steuerreserve aus der Hand gegeben haben. Wir wissen, daß sich die Steuereingänge im September beim Reich äußerst ungünstig entwickelt haben, daß der Hooversachschuß von den sinkenden Steuereinnahmen im laufenden Steuerjahr wahrscheinlich völlig aufgezehrt werden wird. Damit fielen das Projekt, den Hausbesitzern durch die Hauszinssteuer ein Riefengeschenk zu machen, in sich zusammen. Von einer Mietzinsenkung ist in der Notverordnung nicht die Rede.

Was die zurückgetretene Regierung in ihrer Notverordnung nicht gebracht hat, die Fixierung des zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurses, das verspricht sie wenigstens in einer Erklärung zur Notverordnung. Es heißt darin: „Daß die wirtschaftspolitischen Grundfragen nach dem Willen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung einer beschleunigten Beratung durch Persönlichkeiten zugeführt werden soll, die durch ihre Stellung im Wirtschaftsleben und ihre sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Kenntnisse und Erfahrungen zur Mitarbeit besonders berufen erscheinen. Diese für die nächsten Wochen vorgesehenen Beratungen sollen zur Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms führen.“

Soffentlich ist man sorgsam in der Auswahl dieser Persönlichkeiten. Das deutsche Unternehmertum hat auf Grund der Krise der englischen Währung schon seit langem die Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der Lebenshaltung der breiten Massen in Deutschland aufgestellt. Diesen Weg darf Deutschland nicht gehen. Eine weitere Drosselung der Kaufkraft muß die Wirtschaftskrise ins Unentragliche verschärfen.

Schikane oder -?

Stuttgart, 7. Okt. (Eig. Meld.) Das Stuttgarter Polizeipräsidium leistete sich folgendes Stückchen, mit dem es offenbar den Beweis absoluter politischer Neutralität erbringen wollte. Auf Dienstagabend hatten der **NS-Bund** und der **Alte Deutsche Beamtenbund** in Stuttgart zu einer gemeinsamen Versammlung eingeladen, in der **Abg. Keil** über das Thema „Der Kampf der Beamten und Behördenangestellten um ihre Lebenseristenzins“ sprechen sollte. Zweifellos ein Thema, das durchaus dem gewerkschaftlichen Aufgabengebiet der beiden Verbände entsprach. Seit Tagen war die Antündigung dieser Versammlung allgemein bekannt. Da plötzlich — 30 Minuten vor der als Beginn der Versammlung festgesetzten Zeit — teilte das Polizeipräsidium den Einberufenen telefonisch mit, daß das Thema „politisch“ sei und die Versammlung daher 24 Stunden vorher hätte angemeldet werden müssen. Es verzögert daher ihre Abhaltung, und die zahlreich vor dem Saal erschienenen Besucher mußten wieder nach Hause geschickt werden. Das Polizeipräsidium hat die Wahl, ob man dieses Verfahren Schikane oder auch anders nennen soll.

Jamorra zieht seine Demission zurück

Madrid, 7. Okt. In der gestrigen Sitzung der Kammer hat der spanische Ministerpräsident **Jamorra** seine Demission eingereicht, sie jedoch nach einer Ansprache wieder zurückgezogen.

Sprengkörper explodiert

Im Osten Berlins explodierte unter einem Straßenbahnwagen ein Sprengkörper, der von einem Unbekannten auf die Schienen gelegt worden war. Durch Sprengstücke wurden ein Mädchen und eine Frau verletzt.

Freistaat Baden

Wie wird die neue badische Notverordnung?

Dr. Karlsruher, 7. Okt. Endgültige Beschlüsse über den Inhalt der neuen badischen Notverordnung liegen noch nicht vor; sie sind voraussichtlich in der für diesen Freitag angekündigten Kabinettsitzung zu erwarten.

An dem Grundgedanken des Finanzministers, von einer weiteren allgemeinen Gehaltskürzung abzusehen, wird festgehalten. Doch plant man, wie das **Dr. Büro** hört, eine Reihe Änderungen besoldungsrechtlicher Natur, die geeignet sind, Ersparnisse zu bringen. So sollen Beförderungen nicht sofort auch eine finanzielle Auswirkung haben. Auch denkt man an eine vorübergehende Aussetzung der Zulagenvergrößerung und an eine zeitgemäße Kürzung der Stellenaufstellungen.

Eine Zurechenschaftung soll künftig schon bei verminderter Dienstfähigkeit erfolgen können. Die Ruhegehälter sollen künftig 57 % des ruhegehaltfähigen Dienstverdienstes betragen. Darüber hinaus will man vermuthlich den Höchstbetrag der jährlichen Pensionen auf 12 000 Mark festlegen. Nebenbeträge sollen bis zu einer gewissen Höhe auf die Dienstbezüge angerechnet werden. In der Absicht der Regierung liegt außerdem auch eine Änderung im Modus der Gehaltsauszahlung.

Ein besonderes Kapitel der neuen Notverordnung wird die Anstellung der Gehälter der Gemeindebeamten an die der Landesbeamten binden.

In Aussicht steht ferner eine teilweise Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen und endlich eine organisatorische Änderung in der Zusammenlegung der Gemeinden, die sich im Hinblick auf die noch vorhandene große Zahl kleiner und kleinster Gemeinden als notwendig erweisen hat.

Die Notlage und Neuhausbesitz

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hielt am 7. Oktober eine Fraktionsversammlung ab. In dieser hat sie sich u. a. auch mit der großen Notlage der Neuhausbesitzer und der Neubauemitter, sowie der daraus drohenden Gefahren beschäftigt. Der Fraktionsvorsitzende wurde beauftragt, mit der Regierung alsbald Fühlung zu nehmen, um Mittel und Wege zu suchen, wie dieser Not gebolfen werden könne.

Nazischwindel mit Hamburger Polizei

Der nationalsozialistische Führer wartet in seiner Mittwochnummer mit einer biden Sensation auf. Mit fetten Schlagzeilen schreit er in die Welt: „Hamburger Schupo wählt nationalsozialistisch.“ Er erklärt an Hand herausgerissener Wahltreue: „In beiden Kasernen, in denen nur Schupobeamte wählen, erhielten die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit.“

Natürlich handelt es sich, wie uns dazu aus Hamburg gemeldet wird, um einen großen Schwindel, denn gerade die Hamburger Polizeibeamtenschaft, die erst dieser Tage in einer Riesenschauung gegen die Nazis in die Hände der Hamburger Schwurgerichtsprotokollisten, denkt nicht im entferntesten daran, sich dem Hakenkreuzlerium zu verschreiben. Der nationalsozialistische Führer hat einfach als Wähler des Wöllischen Beobachters das Ergebnis eines Wahlbezirks, in dem eine Polizeibeamtenschaft einstimmt, als das Ergebnis der Kasernen hinzustellen versucht und ist so zu der Feststellung gekommen, daß sich sowohl in der Hamburger Bundesstrafkaserne als auch in der Sprintenhofkaserne die kasernierte

Ordnungspolizei in ihrer Mehrheit zum Nationalsozialismus bekannt habe. Aber schon aus der Tatsache, daß es weder in der Bundesstrafkaserne noch in der Sprintenhofkaserne eine Wahlstelle gegeben hat, ist der Schwindel zu ersehen. Tatsächlich gehören die beiden Kasernen zu Wahlbezirken, die an Wählern das Dreißigste und Sechzigste der wahlberechtigten Beamten aufzuweisen haben, so daß es also nicht die Polizei war, die nationalsozialistisch wählte.

Die Nazipresse begehrt einen doppelten Schwindel. Zunächst sind die Zahlen, die sie bringt, falsch. Dann aber hat sie den Berliner Kommunisten den üblichen Trick nachgemacht, das Ergebnis eines Wahlbezirks, in dem eine Polizeibeamtenschaft die Mehrheit hat, als das Ergebnis „der Kasernen“ hinzustellen. So sagt das Ergebnis aus dem Wahlbezirk, in dem die Sprintenhofkaserne liegt, über die Wahlentscheidung der Polizeibeamten gar nichts; denn zu diesem Wahlbezirk gehören, laut Hamburger Echo, nach dem Amtlichen Anzeiger vom 16. September 1931, Nr. 217, Seite 902: Bezirk 5, Mannstraße, vom Steinertwall bis zum Ende der Brücke, Altstädter Straße, Bahnhofplatz, Bahnhofstraße, Barthof, Bauhof, Bughagenstraße, Burghardplatz, Burghardstraße, Deichtorstraße, Deichtorwall, Am Devenau, Fischertwiete, Sophienplatz 2-16, Sacobikirchhof, Johannistwall, Rattrepel 2, Rattrepelbrücke, mit den ungeraden Nummern, Klingberg, Klosterstraße, Klosterwall, Meßberg, Mönchbergstraße 1-13, Mönchbergstraße, Mühren, lane 1-7, Badeanstalt und Museum, Niedernstraße, Pferdemarkt 2-28, Kumpen, Schützenstraße, Springeltwiete (Sprintenhof), Steinertwall, Steinertwall, vom Ende der Steinertstraße bis zur Mönchbergstraße und Nr. 15.

So wie dieser Wahlbezirk ist die Wahlbezirkseinteilung in den übrigen Stadtteilen Hamburgs, in denen Polizeibeamtenschaft liegt, die Polizeibeamten machen nur einen Bruchteil der dort zuständigen Wahlberechtigten aus. Die Zahlen, die also nicht viel. Trotzdem wollen wir die amtlich ermittelten Ergebnisse der Wahlbezirke, in denen Polizeibeamtenschaft liegt, hier wiedergeben, um zu zeigen, daß auch die Zahlen, die der Wöllische Beobachter wiedergibt, groß zusammen geschwindelt sind. Es haben gewählt in den Wahlbezirken, zu denen diese Unterlinge gehören:

a) das Polizeihaus I in der Bundesstr. (alte Kaserne)	421	133	38	112	32	342
b) das Polizeihaus II in der Bundesstr. (neue Kaserne)	412	180	74	134	42	266
c) Kaserne Sprintenhof	234	81	60	96	74	468
d) Kaserne Mönchberg	154	23	11	90	32	93
e) Kaserne Siedelhof	633	258	32	120	28	123

So sieht die Wahrheit aus, die zeigt, wie die Nazipresse ihre Leser anführt.

Zahlungseinstellung

der Hanjabank e.G.m.b.H., Mannheim

Dr. Mannheim, 7. Okt. Die Hanjabank, e.G.m.b.H., in Mannheim, die in Schweden eine Depostenfasse und in Brühl eine Zahlstelle unterhält, hat mit dem gestrigen Tage ihre Zahlungen eingestellt und die Schalter geschlossen. Die Zahlungseinstellung der Hanjabank kommt nicht überraschend. Schon vor einiger Zeit waren Gerüchte über Schwierigkeiten des Instituts im Umlauf. Nach einer Mitteilung der Bank wird mit erheblichen Verlusten gerechnet. Da ein Verlust des eigenen Vermögens der Bank wahrscheinlich ist, wird das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt werden. Ihre Mitglieder gehören dem Mittelstand, vorwiegend den Handwerkerkreisen an.

Die Winternothilfe

Große Werbekundgebung des badischen Staatsministeriums

Das badische Staatsministerium hat mit fester Hand die Initiative zur Winternothilfe in Angriff genommen und dieses Hilfswerk findet in weitesten Kreisen Zustimmung. Dies ergab sich aus einer am Mittwoch nachmittag im Staatsministerium veranstalteten Werbeerklärung, zu der sich die Mitglieder der Regierung, Parlamentarier, eine große Zahl von Beamten sowie Vertreter der öffentlichen Körperschaften, des Handels und Handwerks, der Landwirtschaft und Arbeitnehmer einfinden hatten. Bei der Kundgebung waren außer dem Staatspräsidenten **Schmitt** auch die Minister **Maier** und **Dr. Baumgartner** zugegen sowie Oberbürgermeister und andere Kommunalvertreter, wie auch die kirchlichen Behörden.

Nach kurzer Begrüßung durch den Staatspräsidenten **Dr. Schmitt** hörte die Versammlung einen längeren Vortrag des Direktors des städt. Fürsorgeamtes **Karlzube**, **Dr. Nicht**, über die praktische Arbeit zur Winternothilfe. Dieser stellte die erzielte Tatsache fest, daß sich die sämtlichen Wohlfahrtsverbände des Landes, zehn an der Zahl, bereit erklärt haben, die badische Notgemeinschaft zu bilden. Durch diese Zusammenfassung seien für den kommenden Winter alle Voraussetzungen zu einer erfolgreichen Sammlung wie auch für eine taggemäße Verteilung der Spenden gegeben. In Karlsruhe wird eine unentgeltlich geführte Landesgeschäftsstelle errichtet, im Lande draußen ebenfalls ehrenamtlich geleitete Bezirks- und Ortsgeschäftsstellen gegründet. Für die Feststellung darüber, wie die Sammlungen durchgeführt und die Spenden verteilt werden sollen, ist die Bildung ehrenamtlicher Ausschüsse vorgesehen. Während auf dem Lande besondere Natursammlungen Erfolg versprechend, werden in den Städten Geldsammlungen im Vordergrund stehen.

In Frage kommt in diesem Jahr vor allem eine Verteilung der Bevölkerung für den Winter mit Kartoffeln, Brennmaterial und Obst. Daneben erscheint auch eine Sammlung von getrockneten Kleidungsstücken, Schuhen und Wäsche empfehlenswert. Die Schneider- und Schusterinnungen werden auch heuer in den meisten Bezirken bereit sein, unentgeltlich oder zu ganz niedrigen Preisen die Waren wieder tragfähig zu machen. Geldsammlungen werden auch in der Form möglich sein, daß sich Organisationen und Einzelpersonlichkeiten zu fortlaufenden monatlichen Spenden über den Winter verpflichten. Geschäftsleute, bei denen das Geld knapp ist, werden vielfach geneigt sein, an Stelle von Geld Naturalien oder Gutscheine für Lebensmittel zu geben. Auch wird versucht werden müssen, in der kommenden Notzeit mit den Organisationen des Lebensmittelhandels, den Bäckern und Metzgerinnungen Vereinbarungen über verbilligten Bezug der Waren zugunsten der Bedürftigen zu sichern. Der Redner unterstrich, daß die Hilfsbereitschaft nur durch eine intensive Werbearbeit geweckt werden könne. Straßen, Haus-

und Büchsenammlungen in den Wirtschaften und Kaffees brähen immer noch beachtenswerte Summen ein. Eine weitere Einnahmequelle ließe sich durch zusätzliche Veranstaltungen wie Theater, Konzert, Schauturnen und Fußballspiele erschließen, ebenso durch Erhebung eines Wohlfahrtszuschlages auf Eintrittskarten für Theater, Lichtspiele, Bälle und Konzerte. Außer der wirtschaftlichen Seite sei auch der seelischen Not zu wehren dadurch, daß Hoffnung und Lebenswille bei allen Leidenden wieder aufgerichtet werden.

Der Erfolg des Hilfswerkes hänge schließlich von der taggemäßen Verteilung der Mittel ab. Alle in den Bezirken und Gemeinden gesammelten Gaben sollen grundsätzlich in den Gemeinden und Bezirken verbleiben und dort zur Verteilung gelangen. Eine gerechte Verteilung wird dadurch gewährleistet, daß genaue Grenzen hinsichtlich des Kreises der zu Benefizienten innewohnen werden. Die Gleichmäßigkeit der Verteilung will man durch das bewährte Auswechsellieferungssystem sichern, das verschiedene badische und oberbadische Städte bereits eingeführt haben. Die Verteilung erfolgt nach Anordnung des Arbeitsausschusses durch die einzelnen Wohlfahrtsorganisationen. Für die Lebensmittelenden kommen wieder vor allem die kinderreichen Familien in Frage. Öffentliche Leistungen sollen in erster Linie für Ledige und Alleinlebende bestimmt sein. Bei Eintritt der Kälte denkt man an die Errichtung von Wärmeluben und unentgeltliche Abgabe von Brot, Kaffee und Suppe. **Dr. Nicht** schloß seine Darlegungen mit der Aufforderung zu selbstbestimmtem opferbereitem Handeln, um unterm Jähmherzigen Winter zu helfen und dem Lande Ruhe und Frieden zu sichern.

Als Vertreter der Arbeitgeber nahm hierauf Handelskammerpräsident **Nicolai** das Wort, er lagte dem Hilfswerk die tatkräftige Unterstützung aller Kreise der Wirtschaft zu und fragte daran den Wunsch, die Wareneinkäufe örtlich vorzunehmen und den einheimischen Handel zu berücksichtigen, wodurch auch der Einzelhandel belebt würde.

Gemeinschaftssekretär **Dr. Schmitt** dankte dem **Wojta**, das die Regierung bei ihrem Vorhaben geleitet hat. Aus den Kreisen der Arbeiterklasse würden alle, die noch in Arbeit und Brot stehen, das Hilfswerk unterstützen.

Für die zehn Spitensverbände der Wohlfahrtspflege sprach **Carl** tasdirektor **Dr. Ebert-Freiburg**. Helfen in der Not sei nicht nur das Gebot der Stunde, sondern auch der Weg aus der Zerrissenheit und Uneinigkeit unseres Volkes.

Staatspräsident **Dr. Schmitt** dankte allen Persönlichkeiten und Faktoren, die ihm bei der Vorbereitung des Hilfswerkes zur Seite standen. Er schloß mit einem eindringlichen Appell nun an das Hilfswerk mit Tatkraft heranzugehen.

Hoovers neue Moratoriumspläne

Bestimmung in nationalistischen Kreisen Frankreichs

Die Ankündigung des Präsidenten Hoover nach der am Dienstag im Weißen Haus stattgefundenen Konferenz, daß er mit dem Ministerpräsidenten Laval über ein neues Moratorium für die Regierungszahlungen verhandeln werde, hat zwar in Paris keine Ueberraschung, aber in nationalistischen Kreisen eine gewisse Verstärkung hervorgerufen, da man eine derartige neue Aktion Hoovers nicht vor der Eröffnung des amerikanischen Kongresses erwartete und nun die Reise Lavals nach Amerika, die, wie man bisher glaubte, nur einer allgemeinen Aussprache über die internationale politische und finanzielle Lage dienen sollte, einen wesentlich anderen Charakter erhält.

Die neue Hoover-Aktion im Gange

NEW YORK, 7. Okt. Die Liquiditätskassa hat beschlossen, sich mit einem Betrag von 150 Millionen Dollars an der vom Präsidenten Hoover angeregten 500-Millionen-Aktion zur Flüssigmachung der eingestorenen Kredite zu beteiligen. — Die in Atlantic-City tagende amerikanische Bankervereinigung hat von der neuen Hooveraktion zustimmend Kenntnis genommen.

Französisch-englische Besprechungen

Paris, 7. Okt. (Via Draht.) Der englische Außenminister Lord Reading hatte am Mittwoch vor- und nachmittags Unterredungen mit Briand, Laval und Flaminio, die sich auf die allgemeine politische und finanzielle Lage im Zusammenhang mit den Meldungen aus Amerika über ein neues Zahlungsmoratorium bezogen. Gegen Abend stattete der englische Außenminister dem Präsidenten der Republik einen Besuch ab.

Das Unterhaus aufgelöst

Macdonalds Wahlmanifest

LONDON, 7. Okt. (Via Draht.) Das historische Ereignis der Auflösung des Unterhauses verlief ohne jeden äußeren Prunk. Das Parlamentsgebäude war leer. Nur einige hundert Mitglieder wohnten der Verkündung des Auflösungsbeschlusses und der Verkündung der Botschaft des Königs bei. Die Mehrzahl der Abgeordneten ist bereits mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Macdonald wird in Seaborn, vielleicht aber auch in London kandidieren.

Das Wahlmanifest des Ministerpräsidenten wurde am Mittwoch abend veröffentlicht. Es fordert für die Regierung freie Hand. In der augenblicklichen Notlage müsse die Regierung frei sein, jedes politische Mittel, das sie als notwendig anerkannt habe, anzuwenden: Hilfe, Exportförderung, wirtschaftliche Verträge mit den Kolonien und eine Politik, die das Vertrauen zu befestigen geeignet sei. Auf internationalem Wege sollen einige Probleme in Angriff genommen werden, die zu den wirksamsten Ursachen der Wirtschaftskrisis gehören, nämlich die Reparationen und die Kriegsschulden. Um die nötige Freiheit zu haben, sei die Einheit aller Parteien notwendig, aber niemand könne sich im voraus auf gewisse Maßnahmen festlegen.

Den Brotkorb noch höher gehängt

Erhöhung des Berliner Brotpreises um 2 Pfennig

BERLIN, 7. Okt. Die im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Gemeinschaft mit dem preussischen Handelsministerium in letzter Zeit geführten Verhandlungen mit dem Zweckverband der Berliner Bäckermeister über den Berliner Brotpreis sind nunmehr abgeschlossen. Den Vertretern der Bäcker wurde nachdrücklich vorangetragen, daß eine Brotpreiserhöhung in keiner Weise als gerechtfertigt anerkannt werden könne. Trotzdem hat der Zweckverband der Bäckermeister Berlins beschlossen, vom 8. Oktober ab den Richtpreis für das 1250-Gramm-Brot von 48 auf 50 Pfennig zu erhöhen, obwohl die Berliner Mühlen, wie den Bäckern bei den Verhandlungen mitgeteilt wurde, sich bereit erklärt hatten, in der nächsten Zeit von einer Heraushebung des Roggenmehlpriests selbst für den Fall abzusehen, daß der Roggenpreis nicht wesentlich über 200 M die Tonne frei Mühle steigen sollte. Bei Zugrundelegung des gegenwärtigen mittleren Bäckereipriests für Roggenmehl (rund 28 Mark) würde bei Beibehaltung des gegenwärtigen Brotpreises von 48 Pfennig für das 1250-Gramm-Brot den Bäckern eine Bruttoerlöspanne von 16 Pfennig je Kilogramm bleiben, welche Spanne bei Erhöhung auf 50 Pfennig auf 17½ Pfennig stiege. Angesichts der Senkung der Löhne und der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist dieser Vorgang ein Skandal, der zum Himmel schreit. Man begründet Lohnsenkungen mit Preisentfaltungen, derweil erhöht man in Berlin den Brotpreis! Wie lange läßt sich das Volk dies noch gefallen?

Für das Vorgehen der Berliner Bäcker gibt es nicht die geringste Entschuldigung. Ihr Beschluß muß rückgängig gemacht werden. Das arbeitende Volk kann sich den Wucher nicht gefallen lassen. Wenn aber die Bäcker nicht zur Rücknahme ihres Beschlusses zu bewegen sind, dann hat die Regierung endlich auf dem Roggen- und Mehlmarkt einzugreifen, d. h. durch eine Vermehrung des Angebots oder durch Herabsetzung der Zölle die Preise zu senken.

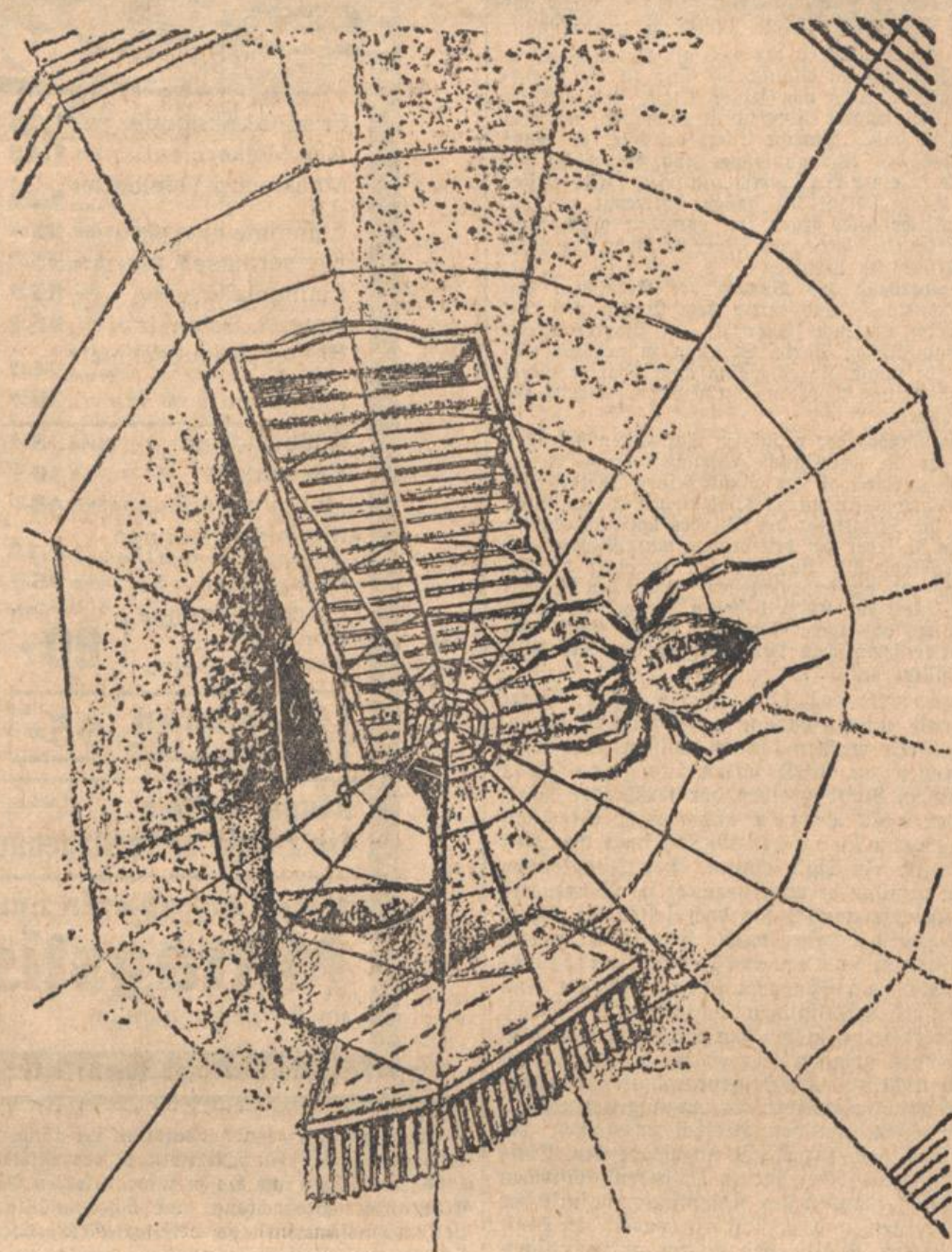
Hitler-Palais am Tegernsee

Er hats „geschafft“

MÜNCHEN, 7. Okt. (S.P.) Schon vor einigen Wochen hörte man, daß Hitler in Tegernsee eine große Villa als sein Privatgut erwerben wolle. Tatsächlich stehen die Kaufverhandlungen jetzt unmittelbar vor dem Abschluß. Das künftige Hitlerpalais ist ein großes Herrschaftsgebäude mit 12 Zimmern und den entsprechenden Nebenräumen, sowie ein prächtiger 17 200 qm umfassender Park im Zentrum des Badesortes unmittelbar am See. Der bisherige Besitzer ist ein Münchener Rechtsanwalt, der Schwiegersohn des Nürnberger Bleichfabrikanten Faber, dessen Familie den völkisch-reaktionären Kreisen nahesteht.

Hier wird nicht gekürzt

In Remten im Allgäu wird vor Gericht eine Wechselstillschließung gegen den Kommerzienrat Sattler aus Lindenberg verhandelt. Dabei wurden Feststellungen über den Verbrauch in der Familie des Herrn Kommerzienrats gemacht. Die Familie des Herrn Kommerzienrats verbrauchte im Monat für den Haushalt bis zu 8000 M, wozu noch Monatszuschüsse von je 800 bis 900 M an Kinder Sattlers kommen, die sich in Paris oder London aufhielten. Der Herr Kommerzienrat war selbstverständlich ein Wirtschaftsführer, ein Sachverständiger, einer von jenen, von denen allein das Heil Deutschlands kommen kann. Bei diesen Existenzen gibt es keine Einkommensminderung und keine Einschränkung. Für sie gilt das Wort nicht, daß ein armes Volk beschreiben auftreten müsse. Dafür enden sie in der Pleite. Sind es keine Provinzbankiers wie dieser Kommerzienrat Sattler von Lindenberg, so kommen sie vor Gericht. Geht die Pleite aber über Hunderte von Millionen hinaus, so kommen Subventionen und Reichsgarantien.



Es paßt nicht mehr in unsere Zeit -

Mühseliges Vorwaschen und Einbürsten der Wäsche sind für zeitgemäß denkende Hausfrauen überwundene Dinge. Henko-Bleichsoda nimmt Ihnen die Arbeit ab!

Abends vor dem Waschtage die Wäsche in kalte Henkolösung legen, nachts über stehen lassen, morgens leicht auswringen - damit ist die halbe Wascharbeit getan. Und was Sie dabei gewinnen?

Sie schonen Gesundheit und Wäsche und schonen Ihren Geldbeutel, denn 1 Paket Henko kostet nur wenige Pfennige, und dafür besorgt es alle Arbeit, die sonst Sie am Waschtage leisten müßten!

Mit Henko abends eingeweicht, wird Dir das Waschen morgens leicht.

Henko

Henkel's
Wasch- und
Bleichsoda

Was sich seit über 50 Jahren bewährt hat, muß gut sein!
Nehmen Sie zum Aufwaschen, Spülen und Reinigen Henkels

H 71/51 b

Eckert, die SPD und die Religiösen Sozialisten

Die neueste Bombenattraktion: eine „christlich-kommunistische Kirche“

Die Badische Presse war gestern abend in der Lage, über den Pfarrer Eckert und Vorstandstagung der badischen Religiösen Sozialisten diese Meldung zu bringen: Mannheim, 7. Okt. Pfarrer Eckert, der auch als Religionslehrer an der höheren Mädchenschule in Mannheim tätig ist, verabschiedete sich am Dienstag vormittag von seiner Klasse und erklärte beim Abschied, er sei überzeugter Kommunist geworden, nachdem ihn die SPD, enttäuscht habe. Pfarrer Eckert erklärte, er wolle versuchen, die Gedanken des Kommunismus und der christlichen Kirche zu vereinen und in einer Art „kommunistischer Kirche“ weiter zu wirken. Pfarrer Eckert scheint fest davon überzeugt zu sein, daß die evangelische Kirche nicht gegen ihn vorgehen wird, denn er vertritt den Schülern, ihnen nach seiner Rückkehr aus Ausland von seinen Eindrücken zu berichten.

Der badische Landesverband des Bundes der Religiösen Sozialisten tagte am Dienstag abend unter dem Vorsitz von Dr. Dietrich in Mannheim, um um Uebertritt von Pfarrer Eckert-Mannheim zur kommunistischen Partei Stellung zu nehmen. An der Sitzung, die sich sehr lange hinzog, nahm auch Pfarrer Eckert teil und gab seine Zustimmung zu der nachstehenden Erklärung des badischen Landesvorstandes:

„Die Mitglieder des Bundes der religiösen Sozialisten bekennen sich alle zum Kampf für die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Schon immer hat der Bund seinen Mitgliedern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialistischen Partei nicht vorgeschrieben. Wenn die Mitglieder des Bundes politisch orientiert sind, dann können sie jeder der bestehenden marxistisch-sozialistischen Parteien angehören. Die Zugehörigkeit zu einer bürgerlichen Partei bleibt nach wie vor ausgeschlossen. Gegen den Beitritt des Genossen Pfarrer Eckert zur SPD, bestehen darum vom Bund der Religiösen Sozialisten aus keine Bedenken, da die SPD ihm die Freiheit seiner weltanschaulichen Ueberzeugung auch als Mitglied der SPD, zugesichert hat.“

Registrieren wir zunächst: noch kürzlich hat Herr Eckert versichert, er denke nicht daran, zur SPD zu gehen. Wie inzwischen festgestellt werden konnte, müssen aber seine persönlichen Beziehungen zur SPD, schon in längere Zeit datieren, wie aus einem Rundschreiben der SPD, der Watz hervorgeht. Noch vor acht Tagen nahm Herr Eckert an einer Parteiversammlung der Mannheimer Genossen teil und präsentierte sich als SPD-Mann. Den Ringfingerring einer höheren Schule erzählte er vorgestern, er sei überzeugter Kommunist, eine „Ueberzeugung“, die doch selbst bei Eckert kaum über Nacht sich gebildet haben wird. Herr Eckert hat somit längere Zeit hindurch systematisch und wissenschaftlich die Mannheimer Genossen hintergangen. Und das ist der Führer der Religiösen Sozialisten!

Während Herr Eckert seine bisherigen Parteifreunde hinterlistig in dem Glauben gelassen hat, er bleibe der Partei treu, bzw. er werde nicht zur SPD gehen, hatte er wahrscheinlich schon den Auftrag akzeptiert, am vergangenen Samstag nach Berlin zu reisen, um den Versuch zu machen, die Sendewerkgruppe zu bewegen, zur SPD abzuweichen. Diese Mission ist ihm mißlungen. Nun hat er „höheren“ Mächten offenbart, er wolle den Gedanken des Kommunismus mit der christlichen Kirche vereinen und er äußerte dabei die Hoffnung, daß ihn Bäterchen Stalin bei diesem gottgefälligen Werk ebenbürtig tolerieren werde wie der hohe christliche evangelische Oberkirchenrat im badischen Münsterlande.

Das wird eine herrliche Mischung werden. Schade, daß die Russen, zu denen Herr Eckert dieser Tage wallfahrtet, griechisch-orthodoxe Katholiken sind, sonst könnte Herr Eckert in einer der herrlichen Kirchen Moskaus gleich bolschewistisch-evangelisch-kommunistische Gottesdienste abhalten. Würden da die Weltrevolutionäre begeistert sein! Vielleicht wird aber eine solche feierliche Handlung auf andere Weise arrangiert; zimperlich wird betanztlich die Herren Bolschewisten nicht, wenn sie Propaganda treiben können. Sie lügen nicht nur wie Teufel und schwindeln aus Prinzip; war Heinrich IV. Paris eine Weile wert, warum soll nicht auch Bäterchen Stalin den Gottesdienst eines evangelischen Christen aufheben.

Und weiter: Wir haben schon erlebt, daß evangelische Geistliche Angesichts der Halbkreuzfahnen in Kirchen gepredigt haben. Wie wäre es, wenn in Zukunft, sofern Herr Eckert den badischen Oberkirchenrat richtig einschätzen sollte, gelegentlich ein bolschewistisch und ein halbkreuzlerischer Pastor gemeinsam in ein und derselben Kirche ihr frommes Wesen trieben? Rechts vom Altar die Halbkreuzfahne mit dem Kamelabzeichen, links die Fahne des Bolschewismus mit Siegel und Stern! Und wenn schon — denn schon: als Dritter im Bunde könnte Herr Kurt Rosefeld auch noch auftreten.

Im übrigen dürfte der Beschluß des Landesvorstandes für Sozialdemokraten, die zugleich auch religiöse Sozialisten sind, zu denken geben.

Fünf Jahre Deutsch-französischer Verärgerung

Wer sich auch nur flüchtig mit Außenpolitik abgibt, weiß, daß die Frage der deutsch-französischen Annäherung heute der Angelpunkt nicht nur der gesamten internationalen Beziehungen ist, sondern auch in hohem Maße jenen Faktor mit einschließt, der imstande ist, der heutigen Weltwirtschaftsstruktur eine Wendung zum Besseren zu geben. Der ehemalige deutsche Reichskanzler in Tokio, Dr. Solf, hat mit Recht dieser Tage in einer Erklärung in der New York Times diesen Standpunkt unterstrichen und damit von einer Entspannung im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich starke politische Hoffnungen für die Zukunft abgeleitet. Angesichts der Bedeutung dieser Frage ist es wertvoll, daß die Europäischen Gespräche (Verlag Dr. Walter Rothschild, Berlin-Grünevald) die Frage der deutsch-französischen Annäherung in den Mittelpunkt einer interessanten Aussprache verschiedener Richtungen gestellt haben, wobei es von unserer Auffassung aus interessant ist, zu hören, wie Ludwig Quidde sich zu diesem Problem stellt.

Ludwig Quidde, der in der Vorkriegszeit als scharfer Gegner des wilhelminischen militaristischen Regimes bekannt war und im Krieges einer der eifrigsten Anhänger eines Verständigungsfriedens war, wurde bekanntlich als Vorsitzender der Friedensgesellschaft von der radikalen Rüstler-Richtung abgelöst, worauf die Friedensgesellschaft dann den so sehr bedeutenden Rüstler-Kurs einschlug, anstatt wie unter der Leitung Quiddes als überparteiliche Organisation die Friedensfreunde aller Lager zu sammeln. Unter dem Titel „Fünf Jahre deutsch-französischer Verärgerung“ schreibt nun Ludwig Quidde in den oben genannten Monatsheften für auswärtige Politik u. a. folgendes:

„Es ist höchste Zeit, daß die deutsch-französischen Beziehungen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Wie schlimm es um sie stand, möge eine Erfahrung zeleben, die wir Pazifisten in unserem Kreise gemacht haben. In der feierlichen Eröffnungssitzung unseres Brüsseler Kongresses hielt ein französischer Pazifist wie Le Troquer, der sich während des Krieges von der Kriegssymphonie mancher seiner



Geh zu TIETZ, dann reicht's!

Frische Landbutter Pfd. 1.25	Frische Fische direkt von der See:	Kassler Rippenspeer Pfd. 1.30
Allg. Molkereibutter Pfd. 1.45	Kabliau Pfd. 38.7	Dürrfleisch mager . . . Pfd. 1.20
Mecklenbg. Tafelbutter Pfd. 1.58	Kabliau-Filet Pfd. 55.7	Schweinebacken ger. Pfd. 95.7
Emmentaler vollfett 1/2 Schtl. 58.7	Schellfisch Pfd. 38.7	Kochmettwurst Pfd. 90.7
Dessertkäse o. Rinde 3 St. 35.7	Bratschellfisch Pfd. 28.7	Rot- oder Leberwurst Pfd. 68.7
Emmentaler vollfett 1/2 Pfd. 65.7	Karpfen lebend Pfd. 1.25	Mettwurst im Ring . . . Pfd. 1.25
Amerik. Schmalz 1 1/2 Pfd. 85.7	Forellen lebend Pfd. 2.90	Salami Pfd. 1.38
Reines Erdnußschmalz Pfd. 54.7	Suppenhühner frisch geschl. Pfd. 95.7	Blockwurst Pfd. 1.28
Margarine 2 Pfd. 75.7	Rehschlegel Pfd. 1.35	Salami ungar. Art Pfd. 2.-
Süßbücklinge Pfd. 35.7	Rehragout Pfd. 88.7	Schlackwurst in Fettlamm Pfd. 55.7
Salzgurken 4 Stück 10.7	Linsen neue, 3 Pfd. 60.7 Pfd. 18.7	Rotkraut, Weißkraut 6
Holl. Vollheringe 10 Stück 48.7	Haferflocken 5 Pfd. 95.7 Pfd. 22.7	Wirsing, Zwiebeln 6
Marinierte Heringe nach Hausfrauenart 1 Liter-Dose 1.10	Bruchreis bis 100 Pfd. 13.7 bis 25 Pfd. 14.7 Pfd. 15.7	Gelbe Rüben Pfd. 8.7
Oelsardinen 3 gr. Dosen 95.7	Ital. Vollreis 3 Pfd. 55.7 Pfd. 22.7	Butterrüben weiß Pfd. 8.7
Bismarckheringe 1 Liter-Dose 80.7	Hartweizen-Grieß 2 Pfd. 48.7 Pfd. 25.7	Blumenkohl Pfd. 28.7
Hering in Gelee } 80.7	Sultaninen Kalk., 2 Pfd. 90.7 Pfd. 48.7	Rosenkohl Pfd. 28.7
	Malzkaffee offen Pfd. 25.7	Bananen 1. Sorte Pfd. 25.7
	Bensdorp-Kakao Pfd. 68.7	Tafeläpfel Pfd. 10.7
	Neuer süßer Wein Liter 50.7	Pampelnbusen Stück 50.7
	Neuer süß. Apfelmot Ltr. 20.7	Pastorenbirnen zum Lagern und Kochen 10 Pfd. 75.7

Nougat-Waffeln mit Schokolade überzogen 1/2 Pfd. **50.7**
Tietz-Spezial-Spritzgebäck Pfd. **95.7**
Vollmilch-Puffdres-Schokol. 1/2 Pfd. **55.7**
Persipan-Früchte-Schokolade 1/2 Pfd. **55.7**

Unser volkstümlich billiger Mittagstisch **80** im Erfrischungsraum jetzt von **80** an

Kernseife garant. rein u. unverfälscht, 5 große Block **90.7**
Blumenseife in Cellulosepackung, 5 Stück 1. Beutel **90.7**

Verkauf soweit Vorrat

Kollegen ganz freizubehalten hatte, es für nötig, die große in Frankreich herrschende „Krisenpolitik“, d. h. das Mißtrauen gegen Deutschland, zu erklären und bis zu einem gewissen Grade zu rechtfertigen. Eine andere Beobachtung. Ich hatte zufällig jetzt Hunderte von Zeitungsauschnitten aus den letzten Monaten durchgesehen, die sich auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich beziehen. Wahrheit zu sprechen ist es zu sehen, mit welcher fanatischen Unvernunft ein Teil der nationalsozialistischen deutschen Presse einen Mann wie Briand beschimpft, und mit welcher Unverschämtheit andererseits von französischer nationalsozialistischer Seite Forderungen an Deutschland gestellt werden, oder ein „Verständigungsminister“ wie Herriot, aufgefordert durch den Zollunionsminister, sich herausnimmt, über den deutschen Charakter zu sprechen. Die Grundursache der fortwährenden Verstimmungen, Mißverständnisse und Fehler liegt in dem Mangel psychologischen Verständnisses für die Gegenseite, in dem Mangel an gutem Willen oder in der Unfähigkeit, sich einzufühlen in die Denkwelt des anderen.“

Fürstenabfindung und Proletarierfrau

Eine hart mit der Not ringende Proletarierfrau in Durlach schreibt uns:

Warum so hohe Entschädigung der Fürsten in der Zeit der Not? Es muß einen direkt entsetzenden, wenn man diese hohen Zahlen liest in der Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen Not. Als Frau

aus dem Volk stelle ich die Frage: Wie kann der Staat solches verantworten, wo Millionen Menschen, die die gleichen Lebensrechte besitzen, am Hungertuche nagen? Wo täglich die Zeitungen berichten, daß viele Menschen aus Mangel am Kostgütern das Leben wegwerfen? Warum spricht der Staat diesen so viel Bekannten zu, wo Tausende und aber Tausende mehr in Kälte als in Wohnungen haufen? Warum spricht eben dieser Staat solche Entschädigungen den Fürsten zu und dem „untersten Pöbel“, wie man uns nennt, nahm man seine Sparmaßnahmen weg und erklärt, daß kein Geld da sei, um aufzuwerten? Wie reimt sich solches zusammen? Haben diese Fürsten mit ihrer Hände Arbeit solche Vermögen verdient? Sie haben sie wohl ererbt von ihren Vätern, wie wir die Armut von den unsren geerbt haben! Warum werden diese Menschen als erstklassig behandelt? Was haben sie vor der schaffenden Klasse voraus? Daß sie sich als Drohnen benehmen und benahmen und daß auch heute noch der letzte Pfennig vom Schaffenden herausgeholt wird, um eben diesen Drohnen ein sorgenloses Fröhlichleben zu ermöglichen! Könnte der Staat nicht beherrigen: „Gleiche Rechte für alle“? Könnte er nicht diesen Herrlichkeiten aufwerten der heutigen Zeit angemessen? Denn ihr ganzes Vermögen ist ja doch vom Volk herausgeholt, ob jetzt aus der heutigen oder vergangenen Generation, das bleibt sich gleich, denn mit Handarbeit kann man solche Reichtümer nicht erschaffen, folglich ist als Staats- bzw. Allgemeingut zu bewerten. Habe ich vom moralischen Standpunkt aus nicht recht?

Geheimes Nazi-Techtelmechtel

Eine Geheimkonferenz mit Industrie- und Handelskapital in Augsburg

Ein famoses Plänchen zur Verklawung der Arbeiterschaft

Dem SPD wird aus München berichtet: Die Wirtschaftspolitik der Nazi-Partei ist völlig privatkapitalistisch. Der maßgebende Theoretiker auf diesem Gebiet ist Gottfried Feder, der jede sozialistische Tendenz des Parteiprogramms von jeder ableugnet hat. Ganz in seinem Sinne wird auch die wirtschaftspolitische Abteilung in München von einem Dr. h. c. Wagner geleitet. Er macht im Kleinen nach, was auf Betreiben Feders der allerschönste Führer schon seit Jahr und Tag bei den Industriekapitalisten an Rhein, Ruhr und an der Wasserkante mit so großem Erfolge für die Parteikasse getan hat. Er hält Geheimkonferenzen mit Männern der Wirtschaft, zu denen auch die hohe Bürokratie der Betriebsbetriebe des Reichs gehört und eingeladen werden.

Diese Veranstaltungen haben theoretisch nur einen Zweck, die Unternehmer und die Syndikats ihrer Verbände davon zu überzeugen, daß die wirtschaftlichen Ziele der Nazi-Partei vollkommen kapitalistisch sind und keine Spur sozialistisches Geistes enthalten. Die letzte dieser Geheimkonferenzen tagte am 30. September in Augsburg, im Spiegelaal des vornehmsten Hotels „Drei Mohren“, zu der im Gegenjahre zu der gleichen Veranstaltung im vorigen Jahre die vierfache Anzahl Vertreter des Augsburger Industrie- und Handelskapitals erschienen war. Es waren insgesamt etwa 250 Leute feierlich in schwarzer Kleidung. Die Herren waren größtenteils begeistert von den ihnen vorgebrachten antisozialistischen Parolen und trampelten wiederholt lebhaft Beifall.

Kein Wunder, denn Dr. h. c. Wagner erklärte vor vornherein, seine Partei stehe ganz auf dem Boden des Privatkapitalismus, und werde, einmal zur Macht gekommen, ein Parlamentarismus politische Demokratie aus folgenden 5 Ständen schaffen: Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Gewerbe, und freie Berufe. Deutschland werde in etwa 7 Wirtschaftskreise mit eigenen Ständekammern eingeteilt. Die erste praktische Arbeit dieser Kammer sei die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht. Das Wesen der Produktionspolitik werde sein, die Wirtschaft von

allen ungeliebten Lasten und Steuern zu befreien, also vor allem Beseitigung des Tarifs und Schlichtungswesens, des gesamten Fürsorgewesens, der Arbeitslosenversicherung, der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Da der Nationalsozialismus auf dem Prinzip der Leistung stehe, erkenne er wohl ein Existenzminimum, aber keine Gleichheitsstarke an. Die Arbeitnehmer müßten sich ihre Klärröhren selbst schaffen, wofür in den Betrieben und Produktionsstätten Zwangsparzellen für die Arbeiter eingerichtet würden.

Da die Nazileitung in Augsburg befürchten mußte, daß ihr Liebeswerben beim Großkapital doch nicht ganz geheim bleiben würde, brachte das Faltenkreuzblatt selbst einen Bericht über die Veranstaltung, der allerdings die Ausführungen Wagners nur verkümmert wiedergab. Der polsen Wahrheit entspricht nur der letzte Satz seines Berichtes: „Die Ausführungen Dr. Wagners fanden langanhaltenden Beifall.“

Das Jubiläum ihres 60jährigen Bestehens feiert dieser Tage die bekannte Lotteriestraße 3, St. Michaels, Mannheim, O. 7. H. Gebrüder wurde dieselbe 1871 in Strassburg i. G., nach Mannheim verlegt im Jahre 1919 infolge des unglücklichen Ausgangs des Krieges. Der Gründer der Firma, Herr J. Stürmer sen., der auch heute noch in erstaunlicher Frische und Tatkraft an der Spitze des Unternehmens steht, kann demnach seinen 85. Geburtstag feiern. Durch seine langjährige gewillenshafte und aufopferungsvolle Mitarbeit bei zahlreichen badischen Wohltätigkeitsbestrebungen, hat sich der Jubilar in hohem Maße um das Wohl der Allgemeinheit verdient gemacht.

Herr Stürmer war einer der wahren Pioniere für das Deutschtum in Elsaß-Lothringen, die nicht nur glatte Reden, sondern durch stille Arbeitsamkeit und Überlässigkeit in ihrem Beruf für ihr Vaterland wirkten. Er hat sich auch solches Vertrauen im damals sehr zurückhaltenden Elsaß-Lothringen erworben, daß selbst in den trübsten Zeiten nach dem Einzug der Franzosen zahlreiche Elsaßer aller Berufsstände streifte sich für das Wohlwollen der Firma Stürmer im Elsaß bemühten. Bereits vor dem Krieg war diese Firma in Baden wohl bekannt. Nicht nur die Durchführung der großen Strassburger Winterbau-Lotterie, eine der größten Lotterien jener Zeit, sondern auch zahlreiche badische Wohltätigkeitsbestrebungen waren dieser Firma übertragen. Die Liebesbedingung nach Baden war hierdurch wohl vorbereitet, so daß dieselbe auch hier trotz Anstände und als die größte Lotteriestraße des Landes bekannt ist. Es ist dies einer der wenigen und daher wohl erfindlichen Fälle, in denen eine Privat-Firma sich aus dem schrecklichen Zusammenbruch der betriebenen Anstalts- deutsche Haus eigener Arbeit und Tatkraft behauptet und trotz der schweren Zeiten sich wieder in die Höhe gearbeitet hat.

Gewerkschaftliches

Auswirkung der Notverordnung auf die Angestellten

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Eine der letzten Notverordnungen des Herrn Reichspräsidenten gab bekanntlich den Gemeinden das Recht, alle erdenklichen Maßnahmen zu treffen, ihre Finanzen in Ordnung zu halten. Da Reichsrecht das Landesrecht bricht, glauben verschiedene Gemeinden, auch sich über die Bestimmungen der Lab. Gemeindeordnung, insbesondere des § 73 ohne Gewissensbisse hinwegsetzen zu können. Zu diesen zählt auch die Stadt Karlsruhe. Die Dienstverhältnisse derjenigen hauptberuflich beschäftigten Gemeindeangestellten, die nicht als Gemeindebeamten zu gelten haben, sind in Karlsruhe durch Gemeindebeschlüsse geregelt. Zwar hat man in der W.G. den Tarifvertrag als das Primäre angesehen. Unter dem Tarifvertrag wäre der Angestellte mehr vor der Willkür seines Arbeitgebers geschützt. Dieser Zustand ist es aber, der den Arbeitgeberverband bisher Gemeinden davon zurückhält, auch für die Angestellten der ländlichen Gemeinden und Städte einen Tarifvertrag abzuschließen. So sind heute noch alle städtischen Angestellten einmal mit und ein andermal ohne Gemeindegeldung von der Willkür des Stadtrats bzw. des Herrn Oberbürgermeisters abhängig. Die Bemühungen der Angestelltenvereine um die Schaffung eines Tarifvertrages wurden bisher vom Arbeitgeberverband hiesiger Gemeinden mit allen schlechten und guten Mitteln hintertrieben.

In welchem Umfang das Nichtvorhandensein eines Tarifvertrages für die Gemeindeangestellten sich schlecht auswirkt, haben dieser Tage die Angestellten der Landeshauptstadt Karlsruhe erfahren. Ohne sich mit den Vertretungen der Angestellten in Verbindung zu setzen, ohne vorherige Kündigung des bisherigen Gehalts, ohne den Angestellten auch nur das geringste Wort mitzuteilen, hat man den städtischen Angestellten, insbesondere den außerplanmäßigen Beamten, den Beamtenanwärtern und Lehrlingen mit einem Rigorismus ohne Beispiel ver kürzte Gehälter ausbezahlt. Um 25 bis 30 Prozent wurden die bisherigen Besalge dieser Angestellten gekürzt. Junge Mädchen, die man während des ganzen Jahres mit Vorbereitungen zu erweiterter Sekretär- und Obersekretärprüfungen dressiert, die zum Teil einen sehr schweren Dienst machen müssen, ohne welchen die Stadt nicht auskommt, die gelehrte Arbeitskräfte darstellen, werden mit Monatsgehältern von 57 M, 88 M und ähnlich bezahlt, während die Besalge der obersten Beamten sich immer noch in einer Höhe bewegen, die für den „gewöhnlichen“ Arbeiter und Angestellten einfach nicht fassbar, nicht verständlich sind. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Wenn so der jungen Generation jeder Glaube an Gerechtigkeit und Billigkeit genommen wird, dann wird es der Feind der heutigen Ordnung leicht haben, seine Giftpfeile erfolgreich zu versenden.

4. AFA-Kongress

SWD. Weinsig, 6. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag fand im Mittelpunkt der Beratungen des Weinsiger AFA-Bund-Kongresses ein Vortrag von Dr. Hilferding über „Gesellschaftsmacht und Privatmacht über die Wirtschaft“. Hilferding's Ausführungen wurden vom Kongress mit stürzender Aufmerksamkeit entgegengenommen. — An der anschließenden Aussprache beteiligte sich Scheweiker vom Wutab, Marx vom Wlg. Verband der Bankangestellten, Schröder vom SWA, Heinig vom Werkmeisterverband, Otto vom der Bühnengemeinschaft und Subr vom SWA. — In der Nachmittags-Sitzung hielt der Bundesvorsitzende Aufhäuser ein Referat über „Die Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung“. An der Aussprache über Aufhäuser's Vortrag beteiligten sich Pirzmann (Wutab), Buschmann (Werkmeisterverband), Kuderst (SWA), Vadenbacher (Wien) und Graßmann, der die Auffassung des ADGB darlegte.

SWD. Weinsig, 6. Okt. Der Weinsiger AFA-Kongress hat am Dienstag eine Entschiedenheit über Tarifrecht und Tarifpolitik angenommen. Er stellt darin mit Bestimmtheit fest, daß es bisher den freien Gewerkschaften gelungen ist, den Sturm des organisierten Unternehmertums auf das Tarifrecht abzuwehren. Er wendet sich mit aller Schärfe gegen die Pläne einer Beseitigung oder Durchlöcherung des Tarifrechts durch sogenannte Aufhebung der Tarifbindung und Aufhebung der Verbindlichkeitsklärung. Sämtliche zur Rechtfertigung derartiger Forderungen vorgebrachten Gründe seien falsch. Die Tarifverträge seien längst an die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen angepaßt; örtlichen Erfordernissen sei durch Aufhebung von Reichstarifen in Bezirks- oder Ortsstarife Genüge getan worden. — Im Gegensatz zu der Behauptung der Unternehmer, daß eine Erhöhung des Tarifrechts einseitig sei, verweist der Kongress darauf, daß die Gehaltsentlastung über einen sechsprozentigen Abbau der Tarifgehälter hinaus durch den Wegfall der Leistungslosgaben, durch Rückstellungen, Aufhebung von Alterslosgaben zu einer Einkommensverminderung von durchschnittlich 25 Prozent geführt hat.

Mit größter Entschiedenheit wendet sich der AFA-Gewerkschaftskongress gegen die Pläne, in laufende Tarifverträge durch Verordnung einzutragen, insbesondere deren Kündigungsfrist herabzusetzen. Die Gehaltsstarife seien bereits durchweg mit außerordentlich kurzer Kündigungsfrist abgeschlossen, sie hätten also keineswegs die von den Unternehmern behauptete Starrheit. Ebenso gefährlich wie die Aufhebung des Tarifrechts — so heißt es in der Entschiedenheit weiter — wäre seine Auslöschung für einzelne Betriebe oder Arbeiter. Alle diese Pläne zielen letzten Endes auf die Beseitigung des Tarifrechts überhaupt. Es muß vom Reichsarbeitsministerium erwartet werden, daß es auch in der Schlichtungsstarke keine Zugeständnisse an die Forderungen der Unternehmer macht und das Tarifgebäude unerschüttert läßt. Die absolute Unabdingbarkeit des Tarifvertrages ist ein untrennbarer Bestandteil, dessen Beseitigung oder Beschränkung ihn zerstört und den einzelnen Arbeitnehmer wie der Willkür und Uebermacht des im Zeitalter des Monopolkapitalismus erst recht überlegenen Arbeitgebers ausliefern würde.

Der 4. AFA-Gewerkschaftskongress sieht in dem Pläne der Aufhebung oder Beseitigung der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages einen Anschlag auf die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeitnehmer und fordert vom AFA-Bundvorsitzenden, alle derartigen Bestrebungen mit Entschiedenheit zu bekämpfen.

Auskünfte der Redaktion

§. 1001. Wenn die Miete monatlich bezahlt wurde und keine anderen beträchtlichen Abmachungen bestehen, so ist nach dem R.G.B. die Kündigung eine monatliche. Sie hat auf den ersten des Monats zu erfolgen und es muß längstens am 15. gekündigt werden. Sie müssen also die Miete bis 1. November bezahlen. A. S. Es ist das Beste, wenn Sie den Kaminfeuer fragen, da ihre Angaben nicht genügen, um eine richtige Antwort geben zu können.

Chefredakteur: Georg Schöppin. Verantwortlich: Volker, Friedrich, Volker, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grubbe zum. Samstag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Bericht, Rheinische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neuland. Die Welt der Frau: Hermann Winter. Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundschau, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giesele, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Pfeiffer, Schmiedelei wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund G.m.b.H., Karlsruhe.

Aus aller Welt

Katapultflugezeug aufgeföhrt

Newport, 8. Okt. (Funkdienst.) Die Reste des Katapultflugezeuges der „Bremen“ sind inzwischen aufgeföhrt worden. Die Postkiste, die in der Nähe der Trümmer trieben, wurden ebenfalls aufgeföhrt. Die Leichen der Flieger konnten jedoch noch nicht geborgen werden.

Pallenberg blöh ab

Moz Pallenberg hat sich entschlossen, seinen öffentlichen Racheleidenschaft gegen die Leiter der Amsterdamer Amstelbank, durch die er sich um etwa eine Million Mark betrogen föhlt, abzuschließen; er wird also keine Vorzüge gegen die schuldigen Bankdirektoren föhren und sich keine Tbezerföhren gegen seine „Beträger“ föhren lassen. Die Behauptung, daß er nur deshalb den Mund halte, weil er bereits wieder hundertprozentig entschädigt worden sei, demeritiert der Künstler.

Neuer Eisenbahnanschlag

In Ghepegel an der serbisch-griechischen Grenze wurde eine Viertelstunde von der Durchfahrt des Simlon-Expres eine zwischen den Schienen angedachte Böllermaschine entdeckt. In der Nähe und zwar auf serbischem Gebiet sind ferner von unbekanntem Täter 25 Bomben zur Explosion gebracht worden, wobei zwei Serben getötet wurden. Auch in einer Kaserne in Ghepegel kam ein Soldat durch Bombenexplosion ums Leben. Es wird angenommen, daß die Attentate, durch die die Bevölkerung Ghepegels in große Erregung versetzt und zum Teil zur Flucht aus der Stadt veranlaßt wurde, von Nazionisten ausgehen.

jimalajaexpedition gescheitert

Die deutsche Himalajaexpedition mußte ihren Vormarsch auf den 8580 Meter hohen Gipfel des Kanalschindönaga in 7925 Meter

Höhe abbrechen. An einer unerwartet sehr schwierigen Stelle verperrte eine 150 Meter hohe Steilwand, die zu umgeben unmöglich war, den Weitermarsch. Damit ist die deutsche Himalajaexpedition, deren Leiter Paul Bauer, im Hinblick auf die weit vorgeschrittene Jahreszeit wahrscheinlich jetzt die Rückreise nach Deutschland anordnen wird, zum zweiten Male gescheitert. Im Jahre 1929 hatte die Bauer-Expedition beim Versuch der Erstbesteigung des Kanalschindönaga die Höhe von 7000 Metern erreicht, mußte aber kehrt machen, da sie sonst durch Schneefürne vernichtet worden wäre. Auch bei der diesjährigen Expedition, bei der durch Abfuhr der Techniker Hermann Schaller aus München und ein eingeborener Träger den Tod fanden, hatte man sehr unter Schneefürnen zu leiden.

Die Internationale der

In Paris fand dieser Tage eine Sitzung der im Jahre 1928 gegründeten Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission statt. Vertreten waren 25 Staaten; als Delegierter des Reiches nahm Ministerialdirektor Kessel, als Vertreter Preußens der Berliner Polizeipräsident Dr. Weis an der Besprechung teil. U. a. beschäftigte man sich mit dem Ausbau der Maßnahmen zur Raubgaffbekämpfung, ferner mit dem Problem des Wädchenhandels, des internationalen Waffenhandels, und der Falschgeldbekämpfung. Gelegentlich der Distuktion über die Auslieferung von Verbrechern von Land zu Land wurde bemängelt, daß das jetzt angedachte Auslieferungsverabreden umständlich sei; Polizeipräsident Dr. Weis-Berlin föhrt als Beispiel hierfür die Veränderung der Auslieferung der Geschwister Reins an. Ferner wurde beschlossen, die in Wien stationierte Internationale kriminalpolizeiliche Zentralstelle, die gegenwärtig auf Grund freier Vereinbarungen aufrecht erhalten wird, auf eine festere Grundlage zu stellen; es soll in diesem Sinne ein völkerverträglicher Vertrag angesetzt werden.

Aus dem Gerichtssaal

Dersakenkreuzler mit der Gardinenstange

Im Karlsruhe, 6. Oktober. Wegen Aufstörung verurteilte der Karlsruher Schnellrichter am 31. Juli den 22-jährigen bisher unbescholtenen Kaufmann Franz Wöber aus Hamburg zu 40 Mark Geldstrafe. Er sah am Abend des 28. März mit nationalsozialistischen Parteigenossen im „Ausspüher“, als er von einem Parteigenossen erföhrt, daß Mitglieder des nationalsozialistischen Frauenordens beim Schmiedewerk angehölich überfallen und verletzt worden wären. Um diesen zu Hilfe zu eilen, ist er unter Mitnahme einer Gardinenstange mit zehn Parteigenossen zum Schmiedewerk gegangen, wo es vorher zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten gekommen war. Da er eine Gardinenstange bei sich trug, wurde er nach dem Notarrest in der Karlsruher Verhaftung verbracht, wo er ruhestörenden Lärm verübte, indem er randalierte und schrie und so die Bewohner in ihrer Nachtruhe störte, so daß man ihn schließlich nach dem Bezirksgefängnis bringen mußte. Von der Anklage wegen Waffennachbesitz wurde der Angeklagte freigesprochen, da das Gericht verneinte, die Nationalsozialisten hätten sich zu politischen Zwecken zum Schmiedewerk begeben. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und verlangte Verurteilung des Angeklagten wegen Vergehens gegen § 3 des Gesetzes gegen Waffennachbesitz zu drei Monaten Gefängnis und 14 Tagen Haft wegen Aufstörung. Die Strafkammer gab der Berufung statt und verurteilt die Berufung der Staatsanwaltschaft. Auch über dieses Urteil kann man nur den Kopf schütteln. Eine Gardinenstange, mit der man einen Gegner glatt fohlagen oder föhner verletzen kann, soll keine gefährliche Waffe sein; ein Gummihammer aber, den ein junger Kommunist bei sich trug, wird als gefährliche Waffe angesehen, obgleich mit solch einem Knüttel noch kein Mensch getötet oder auch nur schwer verletzt wurde! Da gibt es drei Monate Gefängnis! Bei solchen Urteilen ist kein Vertrauen zur Justiz mehr zu ermaßen.

Von der Anklage wegen Betrugs freigesprochen

Im Karlsruhe, 6. Oktober. Vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorfigender Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller) hatte sich heute in febrilenhaftstündiger Sitzung der geschiedene Regierungsbaumeister a. D. Emil v. N. aus Mannheim, wohnhaft in Karlsruhe, wegen Betrugs zu verantworten. Nach der vom Ersten Staatsanwalt Hofmann vertretenen Anklage wird ihm folgendes zur Last gelegt. Am März 1929 wurde dem Angeklagten von der Gemeinde Ruit bei Bretten die Durchführung von Bohrerarbeiten zur Vorbereitung einer Wassererfassungsanlage für die Gemeinde Ruit übertragen, wobei er sich erbot, die hierfür notwendigen Kapitalien in Höhe von 100 000 Mark zu beschaffen. Anfang Dezember trat er an den Bürgermeister von Ruit mit dem Ansuchen heran, ihm Wechsel zu geben. Am 4. Dezember 1929 machte der Angeklagte dem Vorhilfe, man solle Geld durch Wechsel beschaffen und zwar sollten 6000 bis 8000 Mark, die notwendig waren zur Durchführung der Bohrerarbeiten, auf diese Weise beschafft werden. Er legte dem Bürgermeister sechs Wechsel über je 1000 Mark vor, die dieser unterzeichnete; gleichzeitig legte er eine Vertragsunterfertigung zur Unterzeichnung vor, in der geföhrt wurde, daß die Wechsel zur Deckung von Forderungen der Firma v. N. dienen sollten. Der Bürgermeister unterschrieb dieses Schriftstück, ohne den Inhalt verstanden zu haben. Der Angeklagte wachte sich später wiederum an den Bürgermeister mit der Erklärung, die 6000—8000 Mark würden für die Bohrerarbeiten nicht ausreichen und legte zwei weitere Wechsel über 2575 Mark vor, die ebenfalls unterschrieben wurden; ein Wechsel über 2575 Mark wurde zurückgegeben. Die übrigen ließ er durch einen Antobändler in Karlsruhe distinktionieren. Nach der Gehilfenordnung habe dem Angeklagten eine Gebühr von 4075 Mark zugefallen; durch sein betrügerisches Vorgehen sei die Gemeinde nach der Anklage um 6291 Mark geschädigt worden. Der Angeklagte bestritt, sich eines Betrugs schuldig gemacht zu haben.

In der Beweisaufnahme wurde eine Anzahl Zeugen zu der Angelegenheit gehört. Vom Anklagevertreter wurde eine Verurteilung des Angeklagten in das Ermessen des Gerichts gestellt. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Friedberg, verlangte dessen Freispruch. Diefem Antrage entsprechend erlangte das Schöffengericht zu einem freisprechenden Urteilsspruch.

Die Brandstiftung in Hoffenheim

Heidelberg, 6. Oktober. Der zweite Fall der letzten Schwurgerichtsperiode dieses Jahres behandelte die Brandstiftung in Hoffenheim bei Einheim. Die feinerzeit so viel Aufsehen erregt hatte. Unter Anklage stand der 47-Jährige alle Bädermeister Karl Strauß aus Hoffenheim, der in Heidelberg eine Bäckerei betreibt. Ihm wird schwere Brandstiftung zur Last gelegt, 24 Zeugen und ein Sachverständiger sind geladen. Der Angeklagte ist febrilhaft, in der Nacht vom 22. März d. J. die Scheuer seines Bruders, des Landwirts Jakob Strauß b. Hoffenheim, vorzüglich in Brand geföhrt zu haben. Er ist im wesentlichen geistlos, befreit jedoch den Vorfall. Er habe in jener Zeit unter starken äußeren und febrilischen Bedingungen gestanden. Auf dem Haus seines Bruders Jakob lasse ein Hund ein anderer Bruder bei dort geföhrtstarr geworden, ein weiterer habe sich in der fraglichen Scheuer erkönt. Viehkrankheiten und Seuchen hätten das Anwesen wiederholt heimgesucht. Diefelbe Ursache hätten ihm, den Angeklagten — der nach Zeugenangaben kurz vor dem Verbrechen in den Führer des Anwesens in Heidelberg noch einen Befehl eingerichtet hat — am Abend des 21. März als er aus dem Kasse Arnold auffällig nach dem Bahnhof gegangen sei und dort den Stationsnamen Einheim gesehen habe, dazu bestimmt, die Scheuer seines Bruders Jakob abzubrennen. Die Möglichkeit, daß auch das benachbarte Wohnhaus und die ihm schließlichen Menschen gefährdet werden könnten, habe er nicht gedacht. Er sei in einem Taximeter nach Hoffenheim geföhrt habe den Chauffeur am Ortsanfang warten lassen und sei zum Anwesen seines Bruders gegangen. In der Scheuer habe er mit einem Streichholz ein Feuer angezündet und die ganze Scheuer habe gleich in hellen Flammen gebrannt. Dann sei er nach Heidelberg zurückgefahren. Die wesentliche Zeugenausage ist die des Chauffeurs, der feinerzeit gleich Verdacht gegen Strauß hatte. Als er diesen nach Hoffenheim darauf aufmerksam machte, im Ort brenne es und man solle doch einmal nachsehen, was los sei, habe Strauß darauf gebrängt, sofort nach Heidelberg geföhrt zu werden. Unterwegs hielt der Chauffeur an und veranlaßte seinen Passagier, der ihm unbekanntlich geworden war, zumal er Sehpuren an den Heideberg Zeugenausagen einig hervor, daß der Wiederaufbau der Scheuer und die Reparatur des angebrannten Daches dem Besitzer Strauß einen effektiven Schaden von rund 5000 Mark gebracht hat, obwohl die Feuerversicherung 5000 Mark verweigerte. Zum Glück waren bei der Brandlegung die Gelechte Strauß noch nicht schiefen gegangen, so daß größerer Unheil verhütet werden konnte.

Der Sachverständige Prof. Grubbe verneinte die Frage, ob dem Angeklagten geistige Störung und damit § 51 zugutegehalten werden könne. Er sei vollverantwortlich für seine Handlungen gewesen. Der Staatsanwalt beantragte wegen vorzüglich der Brandstiftung ein Jahr Zuchthaus; die Verteidigung plädierte auf Freisprechung, da dem Angeklagten sehr wohl der § 51 zugestimmt werden müsse. Mindestens habe er nicht vorzüglich gehandelt. — In später Abendstunde verkündete das Gericht nach langer Beratung folgendes Urteil: Der Angeklagte Bädermeister Karl Strauß wird wegen einfacher Brandstiftung auf Grund des § 308 des St.R.G.B. unter Zubilligung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis unter Abzug von zwei Monaten Untersuchungsshaft verurteilt. Das Gericht betrachtete die hochgradige Nervosität und die Ueberreizbarkeit des Angeklagten als mildernde Umstände; konnte ihm jedoch den Ausschlag der freien Willensbestimmung nicht zubilligen. Die mildernden Umstände waren auch besonders durch sein tadellofes Vorleben begründet.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Durch längere Abwesenheit des Genossen Koch, werden die Parteigeschäfte von Gen. Rohbach geföhrt. In allen die Partei betreffenden Angelegenheiten wende man sich an die Adresse des Gen. Rohbach, Kaiseralle 15.

Bezirk Grünwinkel mit Gartenstadt und Altsiedlung
Öffentliche Frauerversammlung
im Vereinsheim des Arbeiter-Tischtennisvereins Grünwinkel mit Vortrag des Genossen Dr. Landauer am Samstag, 10. Oktober, abends 8 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Freier Hausfrauenbund
Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, 8. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Kasse Stübinger statt. Tagesordnung:

Vortrag von Gen. Direktor Wilhelm über „Das kulturelle Gesicht des Sozialkapitalismus“. Wir bitten um zahlreichste Beteiligung.

Wasserstand des Rheins
Kasel 60; Raabsbut 253, aeft. 1; Schutterinsel 115, aeft. 4; Rehl 261, aeft. 2; Maxau 427, aeft. 4; Mannheim 315, aeft. 7; Caub 218 Zentimeter.

Verbandsanzeiger
Karlsruhe.
30. Drucksache Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr im „Elefanten“ Mitgliederversammlung. Vortrag von Prof. Dr. Rößler (Frankfurt a. M.).
Vollständiger religiöser Sozialist. Heute Donnerstag abend 7 Uhr Vorstandssitzung. Anschließend 8 Uhr Mitgliederversammlung. Dr. Dieck wird über die Angelegenheit Eckert berichten. Alle Parteigenossen sind dringend eingeladen.
Vollständiger Weft. Morgen Freitag abend Singstunde.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1669 *Maler Rembrandt. — 1855 *Belgischer Sozialist Jean Volbers. — 1868 *Maler Max Slevogt. — 1911 Revolution in China. — 1919 Attentat auf sozialistischen Abgeordneten Baale. — 1929 Österreichischer Sozialistischer Parteitag in Wien. — 1929 Stahlschmelze in Rheinland von der preussischen Regierung verboten.

Erntezeit im Schrebergarten

September und Oktober sind die Haupterntemonate des Schrebergärtners. Des Jahres Mühe und Arbeit, die auf dem Stückchen Acker verwandt worden sind, wird jetzt belohnt. Handwagen, Körbe und Kuschel schaffte die Ernte aus den Gärten fort, und kleine und große Strauße Herbstblumen begleiten mit ihrer Farbenpracht den allabendlichen Zug der Schrebergärtner in die Stadtwohnungen. Das Ergebnis ist vielfach nicht befriedigend, denn das Regenwetter beeinträchtigte es sehr. Der materielle Vorteil ist also sehr gering. Dazu kommen im Laufe des Jahres noch allerlei Unkosten für Düngemittel, für die Instandhaltung des Gartens, Pflanzen und Sämereien.

Den Ueberfluß bei der Bilanz bringen nur die schönen Stunden im Frühjahr und Sommer, wo der Schrebergärtner in seiner Freizeit sich bei der Gartenarbeit erholen konnte. Der Blumengarten macht bereits einen sehr ramponierten Eindruck. Jeder Besucher aus Freundes- und Bekanntentreisen, ebenso die Kinder schleppen mit dem Grundlag „Schmüde dein Heim“ Blumensträuße davon. Nur kurze Zeit wird es noch dauern, dann wird der Garten wieder völlig leer sein von Früchten, und nur der Winterhof, der Braun- und Grünhof als letztes verbleiben.

Der Schrebergarten bedeutet gerade für den erwerbslosen Familienvater einen Ruhepunkt in seiner wirtschaftlichen und seelischen Not. Hier hat ihn die Wirtschaftskrise noch nicht verdrängt. Außerdem bedeutet die im Garten geernteten Früchte für seine Küche eine verbilligte Verzehrsung. Die Frau freut sich über diese, wenn auch nur vorübergehende Erleichterung im Haushalt.

Nichtbezahlte Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Ein Mechanikermeister von hier hatte im Jahre 1930 die fälligen Versicherungsbeiträge nicht bezahlt für seine drei Lehrlinge und wurde deshalb von der Ortskrankenkasse Karlsruhe verklagt. In der Nichtzahlung ist ein Verstoß gegen die Reichsversicherungsordnung zu erblicken, die jedem Arbeitgeber zur Aufgabe macht, diese Beiträge zu zahlen, da sie ein Teil des zurückbehaltenen Lohnes darstellen. Dabei ist keine Vereinbarung notwendig, die stillschweigende Duldung wird durch das Gesetz als Verpflichtung angesehen. Es waren monatlich für einen Lehrling 1,47 M und noch weniger zu zahlen und der Richter hielt den Angeklagten vor, daß er diese kleinen Beträge sehr wohl hätte zahlen können. Am Jahresende ist der Betrag bereits auf über 100 M angewachsen und es kann sein, daß der Angeklagte heute nicht imstande ist, diesen Betrag zu zahlen. Mit Recht sagte ihm aber der Richter, wenn alle Arbeitgeber sich auf diesen Standpunkt stellen wollten, würde doch kein Mensch mehr etwas bezahlen. Wenn heute ein Arbeiter krank werden würde oder arbeitslos, so hätte er durch die Nachlässigkeit des Meisters keinen Anspruch auf irgendeine Unterstützung und Versicherung. Wenn der Angeklagte diese Abgaben nicht bezahlen konnte, so müßte er eben die Lehrlinge entlassen. Der Meister machte auch den einseitigen Einwurf, daß die Lehrlinge doch nichts arbeiten würden, worauf der Richter erwiderte, daß er kaum glaube, die Lehrlinge werden nur eingestellt um Maulaffen feilzubieten. Der Angeklagte hatte sich der Nachlässigkeit schuldig gemacht und erhielt deshalb eine Strafe von 30 M einschließlich der entstandenen Kosten.

Nicht jeder darf Alzeisen kaufen

Ein Strafbefehl über 30 M erhielt ein Altbändler aus Karlsruhe, der mit unedlen Metallen gehandelt hat, ohne die besitzsammlische Erlaubnis zu besitzen. Seine Konzeption lautet nur auf Kupfen, Fliesen, Papier, Eisen und andere Metalle darf er nicht handeln. In den Jahren 1920 und 1923 hatte er sich der Behörde schuldig gemacht mit solchen Dingen, deshalb erhielt er keine Genehmigung.

Jetzt hat er viele Zentner Gusseisen und verschiedene Kilo Aluminium, Kupfer, Messing, Zinn und Zink verkauft und wurde deshalb angesetzt. Nach einer neuen Entscheidung fallen jedoch Eisen und Stahlschrott nicht unter dieses Gesetz, so daß der Angeklagte nur wegen dem Handel mit anderen Metallen zu bestrafen war. Der Strafbefehl wurde deshalb auch auf 5 M ermäßigt. Die wirtschaftliche Notlage des Angeklagten war dabei berücksichtigt worden, er hat eine große Anzahl Kinder, die er alle ernähren muß. Es mag ihm dies in der heutigen schweren Zeit auch oft recht schwer fallen und deshalb ließ er sich wohl auch diesen Verstoß aufschulden kommen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Kurz nach Mittag wurde in der Kriessstraße bei der Leopoldstraße ein 5 Jahre altes Kind von einem Motorradfahrer angefahren und zu Boden geschleudert. Es erlitt dabei einen Unterleibverstoß. Der Kraftfahrer kam durch das starke Bremsen zu Fall und schürfte sich das Knie auf. Inwiefern ihm eine Schuld trifft, bedarf noch der Feststellung. — Am dieselbe Zeit verursachte ein 11 Jahre alter Schüler in der Rheinstraße bei der Fabrikstraße durch leichtsinniges Ueberqueren der Straße den Unfall einer Radfahrerin, die von ihrem Fahrzeug stürzte und sich mehrere Schürfungen im Gesicht und in der rechten Seite zuzog. — Außerdem ereigneten sich am Mittwoch mehrere Verkehrsunfälle leichterer Art.

Selbstmord

Am Mittwoch abend wurde ein verheirateter Kaufmann in der Nähe des Engländerplatzes an einem Baum erhängt aufgefunden. Die Motive zur Tat sind unbekannt.

Kaminbrand

In einem Hinterhaus der Werderstraße entstand am Mittwoch infolge Bildung von Glanzruß ein Kaminbrand, der von der Feuerwehrt in dreiviertelstündiger Tätigkeit gelöscht wurde.

Diebstähle

Am Mittwoch wurden der Polizei mehrere Fahrraddiebstähle angezeigt.

Ausstellung „Kampf dem Krebs“

Gestern wurde in der Landesgewerbehalle die Ausstellung: „Kampf dem Krebs“ durch eine kleine Feier eröffnet. Eingeladen hatten sich dazu die Vertreter des Innenministeriums, der Krankenkassen, der Gewerkschaften, der karitativen Verbände, die Vertreter der Ärzteschaft und der Presse. Der 1. Vorsitzende des Badischen Landesvereins zur Bekämpfung des Krebses, Herr Präsident Kauß-Karlsruhe, begrüßte im Auftrag des deutschen kriegsheimlichen Museums Dresden und der höchsten Organisationen und Körperschaften die Ehrengäste und begrüßte einleitend der Presse, die die Bestrebungen zur Bekämpfung des Krebses in Baden, nachdrücklich und erfolgreich unterstützt hat. Der Zweck der Ausstellung und die Arbeit des Landesverbandes ist, Aufklärung und Belehrung in die weitesten Kreise der Bevölkerung hineinzutragen. Es liegt ihm fern, eine Krebskur in die Bevölkerung zu tragen, mit der Aufklärung soll besetzt werden, frühzeitig auf die Gefahren hinzuweisen, und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Heute ist die betrübliche Tatsache festzustellen, daß die Krebskrankheit weit mehr Opfer fordert, als die Volkskrankheit Tuberkulose. Leider gehört Baden mit zu den krebsreichsten Ländern in Deutschland. Aus der Erkenntnis dieser Tatsache heraus wurde in Baden im Jahr 1929 der Landesverband zur Bekämpfung des Krebses gegründet, der seine Aufgabe nicht nur in der praktischen Fürsorge sieht, sondern vor allem auch therapeutische Mittel zu beschaffen und die Wissenschaft nachdrücklich finanziell unterstützen will. Im Namen aller, die es mit dem Volke gut meinen, eröffnete er die Ausstellung und wünschte ihr einen guten Erfolg.

Herr Oberarzt Dr. Weiß, Leiter der Königl. Abteilung des Städtischen Krankenhauses und der Beratung und Fürsorgestelle für Geschwulstkranken ergriß darauf das Wort zu seinem Vortrage:

„50 Jahre Krebssterblichkeit in Baden“

wobei er u. a. ausführte: Die heutige Ausstellung will die Ursachen, Ausbreitung und die Bekämpfung des Krebses zeigen. Von ganz Deutschland sind vom Deutschen Hygiene-Museum Zahlen-tabelle angefertigt worden über die Krebssterblichkeit. Dabei wurde festgestellt, daß jede 7. Frau und jeder 10. Mann an Krebs erkrankt ist. Für Baden gibt es eine genaue Statistik, die es ermöglicht, die Todesfälle der letzten 50 Jahre zu übersehen. Das statistische Landesamt hat es sich zur Aufgabe gemacht, hierüber eine genaue Aufstellung zu machen, die durch die Sterblichkeit in einer Anzahl von 50 Jahre Krebssterblichkeit in Baden“ übergeben wurde. Die erste badische Statistik aus dem Jahre 1881/1890 heraus. Aufbauend auf diese Statistik ergibt die Feststellung, daß in der Zeit von 1881/1890 insgesamt 107 012 Personen an Krebs gestorben sind. Im Verhältnis zu den Einwohnern ergibt sich auf 1000 ein Durchschnitt von 1,12 %. Das gleiche Bild ergibt sich für die letzten 50 Jahre, wenn festgestellt wurde, daß unter 100 Menschen 6 an Krebs gestorben sind. Läßt man die Sterbefälle unter 30 Jahren, die nur ganz ausnahmsweise von Krebs befallen werden, weg, so kommen auf 100 Personen bereits 10,2, betrachtet man das Jahr 1930 allein, so beträgt dieser Prozentsatz gar 12%. Demgegenüber steht bei der Tuberkulose eine Sterblichkeit von 6%. Bemerkenswert ist, daß Baden mit zu den krebsreichsten Ländern gehört.

Krebs ist eine ausgesprochene Alterserkrankung. 77 % aller an Krebs erkrankten Menschen standen im Alter von 50-80 Jahren. Eine sehr wichtige Frage ist aber auch die Berufsangehörigkeit der Betroffenen. Es gibt eigentlich keinen Beruf, der besonders stark von einer Krebssterblichkeit befallen ist, die durch die dauernden Reizungen und Anstrengungen entsteht, die durch die dauernden Reizungen stärker als andere dieser Gefahr ausgesetzt sind. In Baden stellen den Großteil mit 15,2 % die Beamten und die Fabrikarbeiterinnen mit 17,6 %. Am wenigsten davon befallen sind die fabri-

lischen Geistlichen mit 8,4 %. Bei der geographischen Beurteilung von Baden ist zu sagen, daß es sehr unterschiedlich neben krebsarmen auch krebsreiche Bezirke gibt. Dabei ist die Seegegend und der Schwarzwald besonders krebsreich, während die Industriegegend Offenburg-Karlsruhe zu den krebsärmeren Gegenden gehört. Wenn man über die Ursachen des Krebses heute nichts allgemein gültiges sagen kann, so steht doch fest, daß Orte mit viel stehendem und fließendem Wasser besonders von der Krebskrankheit heimgesucht werden. 75% aller Krebskrankheiten befallen die Verdauungsorgane. Auch für Frauen trifft diese Annahme zu. Für einige Berufe, wie Näherinnen, Bäckerinnen und Fabrikarbeiterinnen ist eine höhere Erkrankung an den Geschlechtsorganen festzustellen und dabei sind es insbesondere wieder die ledigen Frauen, wie Krankenschwestern und weiblichen Büroangestellten. Wenn in Baden in den letzten 50 Jahren die Krebssterblichkeit zurückgegangen ist, so liegt das daran, daß seit dem Jahre 1910 gerade in Baden eine erhöhte fürsorgerische Tätigkeit einsetzte. Wenn im Jahr 1907 nur 3 in ärztlicher Behandlung waren, so waren es im Jahr 1930 von Hundert bereits 30. Mit diesen einleitenden Worten über die Verhältnisse in Baden, begann Herr Dr. Weiß seine

Führung durch die Ausstellung

An den Wänden der Ausstellungshalle sind überall Statistiken und Tabellen angebracht. Plakate zeigen die Entstehung des Krebses, wie er sich vorwiegend an Organen bildet, die wenig benutzt werden, dann aber auch entsteht durch äußere Reizung. Eine der häufigsten Erkrankungen bei Männern ist die Erkrankung der Speiseröhre (6,36 %), die nach Ansicht des Leiters auf dauernden Alkoholgenuss zurückzuführen ist. Wie überhaupt Tabak und Alkohol die Helfershelfer des Krebses sind. Als Ursache ist aber auch die chemische Reizung anzusehen, wie langjährige Bekleidung aus Darmtuch, und ungesüßtes und ungewürztes Essen zu Magenkrebs führen kann. Jede Reizung kann Krebs erzeugen. So fand man z. B. im Schwarzwald bei den Bauern sehr oft einen Linnenkrebs, der durch das Pfeifenrauchen entstand. Dadurch, daß die Pfeife meistens durch eine Zahnhülse gesteckt wurde, verursachte sie einen dauernden Druck auf eine Stelle, die schließlich zu Lippenkrebs führen mußte. Alle Parasiten können aber auch eine Ursache für Krebs bilden. Hier warnte der Leiter insbesondere die Rohwäcker, die durch mangelhafte Reinigung des Gemüses sich sehr oft selbst der Krebsgefahr aussetzen.

Wichtig für jeden ist aber, daß er die Entstehung des Krebses erkennen kann. Den ersten Schritt muß der Kranke selbst tun, indem er einen tüchtigen Arzt aufsucht und sich gründlich untersuchen läßt. Die Behandlung erstreckt sich auf drei Arten: 1. die chirurgische, 2. die Bestrahlung mittels (X)-Röntgenstrahlen, 3. die Behandlung mit Radium. Leider verfügen wir nicht über das notwendige Geld, um genügend Radium zu kaufen. So kostet 1 Gramm 250 000 M. Andere Länder, z. B. Schweden, besitzen 100 Radium, das sich in einem Krankenhaus befindet, wo alle Krebskranken des Landes unentgeltlich behandelt werden. Deutschland ist leider viel ärmer. Trotzdem kann immer noch genügend eine frühzeitige Behandlung empfohlen werden. Aber auch die Nahrung, Kleidung, Wohnung und der Sport sind Mittel zur Vorbeugung gegen den Krebs. Man kann sagen, alles, was die Gesundheit fördert, schützt den Menschen vor Krebs. Soffentlich ist die Krebssterblichkeit bei der heranwachsenden Generation eine geringere, als die, über die wir bereits Statistiken besitzen.

Damit war der Rundgang beendet. Die Ausstellung, die allen Besuchern eindringlich die große Gefahr des Krebses vor Augen führte, kann nicht genügend empfohlen werden. Jeder Mann, aber auch jede wertvolle Frau sollte diese Ausstellung der Aufklärung besuchen.

Opfer des Verkehrs

Schwerer Verkehrsunfall bei der Peter- und Paulsstraße

Kurz vor 15 Uhr ereignete sich gestern Mittwoch nachmittag in der Kaiserallee vor der Peter- und Paulsstraße ein schwerer Verkehrsunfall. Ein verheirateter 40 Jahre alter Händler aus der Backstraße war im Begriff, auf seinem Fahrrad vom Peter- und Paulsplatz kommend die Kaiserallee zu überqueren, als er von einem in östlicher Richtung durch die Kaiserallee fahrenden Lastkraftwagen erfaßt und zu Boden geschleudert wurde. Dabei zog er sich einen Bruch der Schädelbasis zu. Der lebensgefährlich Verletzte wurde mit dem Krankenwagen ins Städt. Krankenhaus eingeliefert. Notruf- und Erkennungsdienst machten an der Unfallstelle die erforderlichen Aufnahmen. Der Lastkraftwagen wurde zur Prüfung sichergestellt, der Führer für vorläufig festgenommen und der Kriminalpolizei zugeführt. Die Schuldfrage bedarf jedoch noch der Klärung.

Bonder Altbahn überfahren

Am Mittwoch abend gegen 8 Uhr wurde die 72 Jahre alte Witwe Katharina Selter von hier in unmittelbarer Nähe der Haltestelle der Altbahn „Schloß Ruppurt“ von einem Benzolzug überfahren und getötet. Die Witwe Selter kam von der Eugen-Wed-Strasse und war im Begriff, nach Hause zu fahren. Als sie, um den Zug nach Karlsruhe zu erreichen, die Gleise überqueren wollte, kam sie offenbar durch Ausruhen zu Fall. Dabei schlug sie anscheinend mit dem Kopf auf die Schienen auf und konnte sich nicht mehr erheben, so daß sie von dem in diesem Augenblick aus Richtung Karlsruhe kommenden Benzolzug überfahren und schwer verblüht wurde. Der Tod trat sofort ein. Polizeibeamte, die sich in dem Benzolzug befanden, trafen die ersten Anordnungen. Ob den Führer des Benzolzuges eine Schuld trifft, bedarf noch der Klärung.

Autozusammenstoß

Am Mittwoch mittag halb 12 Uhr trafen an der Ecke Gartenstraße und Weierheimer Allee zwei Personenkraftwagen zusammen, so daß ein Fahrzeug schwer demoliert und der Fahrer hart an der Hand verletzt wurde. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß das aus der Gartenstraße in Richtung Konserthaus fahrende Auto das andere auf der Weierheimer Allee in Richtung Weierheim fahrende Fahrzeug beim Straßenkreuzen von hinten anfuhr. Die Polizei war sofort zur Stelle, um die nötigen Feststellungen zu machen.

Opfer der Arbeit

Ein Hafnarbeiter totgedrückt

Gestern nachmittag gegen 13 Uhr wurde der verheiratete 56 Jahre alte Hafnarbeiter Jakob Willig von hier am

Mittelbecken des Rheinhafens bei der Werfthalle 2 von einem Rangierzug der Reichsbahn erfaßt und an eine Rampe gepreßt, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Infolge innerer Verblutung trat der Tod auf der Stelle ein. Erkennungsdienst und Kriminalpolizei erschienen alsbald an der Unfallstelle, um die nötigen Ermittlungen anzustellen.

(-) Ehruna. Den Oberaufseher a. D. Franz Günter Eheleuten hier wurde aus Anlaß der Feier ihrer goldenen Hochzeit ein Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters übersandt.

Die Galerie Moos, Kaiserstraße 187, zeigt in ihrer Herbstausstellung eine umfangreiche Schau Originalgemälde badischer Künstler. Besonders hervorzuheben ist auf die Kollektionen von Prof. Theodor Koch, Prof. Hans v. Hoffmann und Karl Wenker. Außerdem enthält die Ausstellung Gemälde von A. Amstühler, Prof. V. Hill, J. Hill-Malburg, Ferd. Dörr, A. Dussault, W. Heiler, K. F. Greber, St. Germer, Prof. H. Goebel, Artur Grimm, W. Dempsing, Prof. A. Hellman, Prof. A. Hoerter, G. Doimann-Gröhningen, C. Kabis, Prof. H. Anor, Prof. Fr. Kallmorgen, Adolf Lunt, Walter Mars, Prof. W. Kael, M. Semmler, Prof. G. Schönleber, H. Stromeyer, Prof. Hans Thoma, Prof. W. Volk, Karl Wagner, W. Winkler u. a. m. In sechs Ausstellungsräumen sind insgesamt 400 Werke zu sehen und ist durch diese reichhaltige Auswahl ein guter Ueberblick über das Schaffen einheimischer Kunst gegeben. Da die Preise der Werke der heutigen wirtschaftlichen Lage entsprechend sehr niedrig gehalten sind, dürfte diese Ausstellung auch gute Verkaufserfolge erzielen. Die Besichtigung ist Mittags von 9-1 und 3-7 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr möglich.

Kaffee Wauer. Auf vielseitigen Wunsch werden ab heute und jeweils Donnerstag abends die beliebten Gesellschafts-Tanzabende wieder aufgenommen. Auf zwei geräumigen Tanzplätzen kann bei den Klängen der in Zusammenarbeit spielenden Kapelle Professor Nüttig ausgiebig getanzt werden. (Siehe Anzeige).

Lichtspielhäuser

„Serzen in Flammen“ in den Pa-Pi.

Marlene Dietrich stellt die Hauptrolle in dem Filmwerk „Serzen in Flammen“, das in diesen Tagen in den „Pa-Pi-Lichtspielen“ aufgeführt wird. In „Serzen in Flammen“, diesem Filmkunstwerk Josef von Sternbergs, das internationale Geltung hat, ist von Marlene Dietrich der Beweis ihrer großen künstlerischen Vielseitigkeit erbracht worden. Dem Einfühlungsvermögen Sternbergs ist es gelungen, Marlene Dietrich solche darstellerische Möglichkeiten zu weihen und zu entfalten, nach die Zusammenarbeit Sternbergs mit der Frau, von der heute die Welt spricht, gibt zu den berechtigten Hoffnungen Anlaß, daß die Kunst des Konflikts noch manches beglückende Erlebnis für uns in Bereitschaft hat. Marlene Dietrichs Karriere ist nur mit der Maurice Chevaliers zu vergleichen. Bis zum 1. März 1930 war sie eine kleine, weiteren Kreisen unbekanntes Durchschnitts-Schauspielerin, bis sie mit ihrem ersten Konflikt „Der blaue Engel“ einen so unerhörten Erfolg hatte.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Wetterausichten für Freitag, den 8. Oktober: Mild und veränderlich, Strichweise Regen, südwestliche Winde.

